

Deutschland

aus der Sicht eines Kleinbürgers

von

Manfred G. Pfirrmann

Impressum

Copyright © 2013 by Manfred G. Pfirrmann

Druck & Verlag epubli GmbH. Berlin www.epubli.de

ISBN 978-3-8442-7446-2

Inhaltsverzeichnis

1 - Europa	7
2 - Erziehung / Bildung	15
3 - Wohnen	19
4 - Sozialstruktur	25
5 – Ernährung	41
6 – Gesundheit	45
7 - Rechtssystem	55
8 – Verkehr / Infrastruktur	59
9 – Beamte	75
10 – Ausländer / Migranten	85
11 – Verteidigung	89
12 - Politik	95
13 - Religion	101
14 – Wirtschaft	109

Vorwort.

wenn Sie dieses Buch hier lesen, fragen Sie sich womöglich, warum ich denn nicht auswandere. Bei Licht betrachtet ist zwar in Deutschland wirklich viel zu verbessern aber in anderen Ländern ist es auch nicht viel anders. Manche meinen sogar, wir leben hier auf einer „Insel der Seligen“. Das sieht aber nur von Weitem so aus. Zur Auswanderung käme vielleicht Norwegen in Frage, sozial sind die uns bestimmt voraus.

Es ist schon so, was unsere Politiker in den letzten Jahren auf den Weg der Verbesserung gebracht haben, ist dürftig. Vielleicht hat sich einiges inzwischen verändert, hoffentlich zum Guten. Ich bin aber sicher, dass Deutschland da noch jede Menge Bedarf hat und mit diesem Buch möchte ich ein wenig daran erinnern, dass man bei der Politik gar keinen Grund hat, sich zufrieden zurück zu lehnen. Jede Regierung braucht Opposition, auch von Kleinbürgern, die das, was überall fehlt, am meisten merken.

Lieber Leser, bleiben Sie wachsam!

Manfred Pfirmann

1 - Europa

Obwohl dieses Buch laut Titel sich nur mit der Sicht auf Deutschland befassen soll, beginne ich es mit dem Kapitel „Europa“

Denn wir Deutschen können doch froh sein, dass mit dem heutigen Europa sicherlich Nachbarschaftskriege, wie so oft in der Vergangenheit, eben Vergangenheit sind. Das kann man wirklich nicht hoch genug einschätzen! Dafür hat die EU – also wir alle – schließlich den Friedens-Nobelpreis bekommen.

Mein Vater war noch als Soldat in Wehrmachts-Uniform auf dem Eiffelturm, ich nur als Tourist, was mir aber deutlich lieber ist. Wenn ich hier über Europa schreibe, möchte ich immerhin erzählen, was ich davon schon selbst bereist habe, nein, einfacher ist es wenn ich sage, wo ich noch nicht war:

Im Osten, also Polen und Russland, im Baltikum, Finnland, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Montenegro, Griechenland, Zypern und Portugal und Dänemark. In allen übrigen Ländern bin ich schon gewesen, teilweise mehrfach. Ich kann auch fließend Englisch sprechen, Französisch und Italienisch radebrechen.

Betrachten wir doch einfach den EU-Völker-Zusammenschluss als eine Familie: Familien entstehen durch Zusammenschlüsse hier von Mann und Frau. Auch in Familien läuft nicht immer alles harmonisch und manche Familienmitglieder sind problematisch. Womit wir schon nahtlos bei den Griechen, Iren, Portugiesen und Spaniern wären. Wobei ich allerdings auch die Engländer nicht vergessen möchte.

Als man dann aus der schon seit den Fünfziger Jahren bestehenden EWG die Europäische Union 1992 in Maastricht gründete, war

auch sofort ein Bürokratiemonster geboren. Weil die zentralen Länder alle scharf darauf waren, wenigstens eine Organisation auf dem eigenen Territorium zu haben, ergibt sich in Folge eine unglaubliche Wander-Bürokratie:

Parlament = Straßburg, Europäischer Rat und Kommission = Brüssel, Gerichtshof und Rechnungshof = Luxemburg, Europäische Zentralbank = Frankfurt a.M. Diese kostet 155 Millionen €/p.a. und 70 000 Arbeitsstunden der Parlamentarier.

Zumindest eine der beiden Standorte Brüssel oder Straßburg gehörten schon deshalb zusammengelegt, damit die Abgeordneten den Kommissionen besser auf die Finger schauen könnte. So wird dauern hin- und her gereist, was sich nicht unbedingt günstig auf Kosten und Wirkungsgrad auswirkt. Zumal die Kommissare am liebsten gar nicht von den Parlamentariern kontrolliert werden möchten – wie alle Regierungen.

Gemeinsame Normen zu schaffen ist wirtschaftlich sehr sinnvoll und zu begrüßen, aber man muss höllisch aufpassen (Sache der Parlamentarier) dass die Bürokraten nicht übertreiben. Die Krümmung der Bananen und Gurken bleibt wie sie von Natur aus ist.. Und manches andere möglichst auch.

Eine gemeinsame Währung zu haben ist in einem so großen Wirtschaftsraum durchaus wichtig, da hatte Bimbis-Kohl schon recht, aber es war dafür 2001 einfach noch zu früh. Zuerst hätte man eine Wirtschaftsgemeinschaft haben sollen, die immer noch aussteht.

Die Einführung des Euro hat sich für mich in manchen Bereichen wie eine Währungsreform ausgewirkt – insbesondere die

Gastronomie hat übernacht ihre Preise 1:1 umgewandelt, oder besser gesagt verdoppelt.

Auch in der Bäckerei fragt man sich, ob es sich der Bäcker erlaubt hätte, für ein Brötchen 1,20 DM zu verlangen, 60 Cent will er, ohne rot zu werden. Sehr viele Geschäftsleute haben auf diese Art am Euro verdient.

Der Euro nutzt vielen, auch mir. Allein was an den Wechselgebühren für Grenzübertritte kassiert wurde. Und wenn man mal in andren Ländern durch einen Supermarkt geht oder einen Schaufensterbummel macht, kann man direkt vergleichen. Früher musste man dazu immer den Währungsrechner bemühen.

Manche Länder haben auch kräftig abgewertet, in der Regel zu Lasten des kleinen Mannes. Man denke nur mal, was früher der italienische Lire oder der französische Franc gegenüber der DM wert war. Inflation geht ja immer zu Lasten derjenigen, welche keine fest konvertierbaren Werte haben, Häuser zum Beispiel.

Andere Länder hatten das nicht nötig, weil sie wirtschaftlich stärker waren, die Skandinavier haben ihre Währungen behalten, obwohl sie auch in der EU sind. Großbritannien glaubt das auch von sich, hat aber in Wirklichkeit nur miese Finanzmanipulationen zu bieten.

Früher haben Regierungen Kriege angefangen – entweder wenn sie Pleite waren, um dieses der eigenen Bevölkerung zu verschleiern oder weil sie sich überlegen dünkten und ihre Nachbarn ausbeuten wollten. Da haben wir Deutschen durchaus einschlägige Erfahrungen. In einer Gemeinschaft jedoch kann man aber den Schwachen nicht einfach über die Wupper gehen lassen, wie wir jetzt an den oben genannten Kandidaten ja sehen.

Wir Starken helfen also den Schwachen, selbst wenn sie es sich selbst eingebrockt haben, wie sie jetzt da stehen. So sieht es zumindest aus.

Aber meiner Meinung nach ist es anders. Die Wohlhabenden helfen den Wohlhabenden in anderen Ländern ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Natürlich überall auf Kosten der Kleinen – auch bei uns, merken wir aber erst später.

Denn wenn man eigentlich außer Sonne, Schafskäse, Uzo und Billigflaggen für Schiffe nur wenig auf dem Weltmarkt anzubieten hat, ergibt sich automatisch ein niederer Lebensstandard. Das kann man dann schon eine Zeit lang durch kreative Bürokratie und Korruption hinausschieben, aber irgendwann kommt der Moment der Wahrheit. Siehe Griechenland und Irland. Und erst dann wäre meines Erachtens der Zeitpunkt der Hilfe gekommen. Hilfe aber nicht wie geschehen, indem man die miesen Banken und die Reichen im Lande rettet, sondern in Form eines „Marschallplanes“ der dem kleinen Bürger Überleben sichert und eine Hilfe zur Selbsthilfe bietet.

Dann ginge ein akzeptables Weiterexistieren, aber auf niedrigerem Niveau.

So wie das von unseren „christlichen“ Politikern gemacht wird, ist es ein Fass ohne Boden und am Ende werden die kleinen Leute in Armut und Elend zurück bleiben. Sehr gut möglich sind dann auch innere Unruhen, welche die ganze Gemeinschaft gefährden können.

Aber eine Marschallhilfe bedeutet nicht, dass weitergeschlampt werden kann, in Zügen weiterhin 3 Lokomotivführer sitzen, (einer hinten haha, für den Fall, dass der Zug rückwärts fahren muss!) der Opa immer noch Rente bezieht, obwohl er schon 2 Jahre tot ist

und der Herr Doktor nur dann meine blutende Wunde stillt, wenn ich ihn ordentlich geschmiert habe.

Sparen allein ist eine kritische Pille mit vielen Risiken und Nebenwirkungen. Was geschehen muss, ist speziell radikaler Bürokratieabbau. Das ist nicht einfach, denn Beamte sind wehrhaft. Es geht eigentlich nur unter Druck von außen. Und damit dadurch kein Feindbild aufgebaut wird – wie es der Merkel jetzt passiert ist – muss dieser Druck von der Gesamtheit der EU ausgehen.

Um es mal klar zu sagen: die Rückkehr zur Drachme ist für Griechenland eine Option. Dann könnte man wie früher abwerten. Da gewinnen aber wieder nur die Reichen mit dem Goldklumpen. Sie können auch im Euro bleiben, was sie aber dann müssten: Das, was sie an Gütern anzubieten haben, muss deutlich billiger sein, was dann dazu führt, dass der Lebensstandard der Anbieter niedriger wird. Es bleibt halt nicht mehr soviel übrig, aber besser ein niedriger Gewinn als gar kein Gewinn. Auch sollten sich die Hellenen mal überlegen, wie sie für Betriebsansiedlungen attraktiv werden können.

Auch den Tourismus – eine der Haupteinnahmequellen des Landes, kann man ankurbeln.

Wenn man das Strandappartement am Meer eben erheblich billiger anbietet als an der Ostsee, überlegt sich die Familie Maier möglicherweise doch, nach Griechenland in die Sonne zu fahren. Und ähnlich geht es mit den anderen Gütern auch, ebenso in den anderen Ländern der Gemeinschaft, die Probleme haben.

Und die wenigen Ressourcen die das Land hat – also die Produkte, mit denen Geld rein kommt von außen (in Griechenland zum Beispiel der Seehandel – Onassis) da werden die Gewinne nicht

versteuert, das kassiert also der Unternehmer und die korrupte Politik selbst.

Im Übrigen könnte es sein, dass Griechenland plötzlich wieder gut da steht. Warum? Weil sich aller Wahrscheinlichkeit nach große Gas- und Ölvorkommen in den Küstengewässern finden. Das ist zwar schon länger bekannt, wurde aber aus unerfindlichen Gründen von der Verwaltung/Regierung negiert.

In gewisser Weise bin ich auch nicht sicher, ob Länder mit einer anderen Schrift (nicht etwa einer anderen Sprache) also in diesem Falle kyrillisch, überhaupt hätten in die EU aufgenommen werden sollen. Denn meines Erachtens nach, gehören diese Länder eigentlich zu einer anderen Länder- und Wirtschaftsgruppe, nämlich dem Osten, angeführt von Russland. . Ich möchte in der EU wenigstens die Schrift überall lesen können.

Die gemeinsame Agrarwirtschaft der EU ist schon wichtig und im Interesse unserer Landschaft wollen wir keine verwahten Bauernhöfe. Das ist auch den Städtern wichtig und nicht nur billige Lebensmittel.

Zu hinterfragen ist dennoch, ob die EU wirklich derart viel Subventionen in die Landwirtschaft stecken muss, mit teilweise katastrophalen Auswirkungen in Ländern der dritten Welt. Subvention von Nahrungsmitteln zur Gewinnung von E10-Benzin gehört verboten.

Allerdings ist der Trend zur Subventionierung rückläufig.

Übrigens bekommt der kleine Bauer nur wenig und selten davon ab.

Biosprit lässt sich auch aus Algen erzeugen und davon gibt's genug.

So langsam sollte auch der Himbeersepp auf der Moseralm gemerkt haben, wie sehr die EU bis in seinen Kuhstall hineinregiert. Kann ihm eigentlich nicht egal sein, wie. Also sollte er wenigstens 2014 zur Europawahl gehen.

Die Wahlbeteiligung betrug 2009 europaweit 43,1 % und lag damit knapp unterhalb der Beteiligung bei der Europawahl 2004 (45,5 %). Außer in Belgien und Luxemburg, wo Wahlpflicht herrschte und daher Beteiligungswerte um 90 % erzielt wurden, war die Beteiligung auf Malta (78,8 %) und in Italien (65,1 %) besonders hoch. Besonders niedrig war sie in Litauen (21,0 %) und in der Slowakei (19,6 %). Deutschland lag 2009 bei 43,3% etwas höher als 2004.

Das war eigentlich für uns beschämend. In manchen Ländern riskieren die Leute sogar ihr Leben, um eine richtige Demokratie zu bekommen und wir gehen nicht mal hin.

Was mir übrigens im Hinblick auf die EU-Gemeinschaft auch noch einfällt: Ich hätte einen Vorschlag zum Bürokratieabbau.

Jetzt ist es so, dass jede offizielle Dokumentation der EU in alle Sprachen der Gemeinschaft übersetzt und gedruckt werden.

Welche Verschwendung! Alle Leute, welche sich mit diesen Dingen befassen, verfügen über eine gehobene Bildung. Dazu gehört die Kenntnis der englischen Sprache. Man kann durchaus erwarten, dass diese Texte also in allen Ländern gelesen werden können, es genügt also, wenn sie nur einmal in dieser Sprache verfasst werden – auch für die Franzosen! Ich kann nicht mal ansatzweise errechnen, wie viel Geld und Zeit dadurch gespart würde. Darüber darf man aber weder die Druckereien noch die damit befassten Dolmetscherbüros befragen. Jedoch müssen die

Texte von entsprechend vorgebildeten englischen Muttersprachlern verfasst und überprüft werden.

Was unseren Euro-Politikern fehlt, ist jedoch mehr Selbstbewusstsein gegenüber den anderen Global-Playern, wie USA, China und auch Russland.

Zum Beispiel wäre es dringend nötig, die Finanzwirtschaft endlich an die Kandare zu nehmen. Wer dann mit der EU Finanzgeschäfte machen wollte, müsste eben auf alle Transaktionen Steuern bezahlen. Brauchen wir in Europa wirklich das Geld der Finanzhaie?

Warum führt die EU kein Handelsembargo für Länder ein, welche Steuerflucht durch Schiffsausflagungen ermöglichen, Internetkriminalität und Produktdiebstahl dulden und Exil für Verbrecher gewähren?

Wo bleibt endlich die europäische Rating-Agentur, wenn eine solche überhaupt gebraucht wird. Wieso ist der Dollar noch so hoch bewertet? Die USA sind doch wirklich am höchsten verschuldet und wie viele der weltweit herumvagabundierenden Dollars sind auch noch falsch?

Kann man in den USA nur noch innovativ sein, indem man die andere Welt ausspioniert?

2 - Erziehung / Bildung

Dieses Kapitel schreibe ich, nachdem ich mir einige Diskussionen mit dem Philosophen Richard David Precht angehört und auch mal nachgesehen habe, was denn Wikipedia darüber weiß.

Weil das Schul- und Bildungssystem Sache der Länder ist, hat das Bundeskultusministerium nicht viel zu sagen und ist meistens bezogen auf die Bildung sogar kontraproduktiv.

Mit großer Mühe hat man sich jetzt über die Ländergrenzen hinweg immerhin zu einer Angleichung der Abiturprüfungen durchgerungen.

Dies ist einer der großen Nachteile des Föderalismus, dass die Kultusbürokraten jedes Landes eine andere Meinung haben, wie das Schulsystem aussehen sollte. Warum ist das so? Weil die Siegermächte auf die Verfassung insofern Einfluss genommen haben, dass keine einheitliche Ausrichtung der Jugend (siehe Hitlerjugend) zustande kommen soll. Diese Zersplitterung war also gewollt und im Volke weithin unbekannt.

Bildung ist aber derart wichtig für den Fortbestand der Nation, dass es absurd ist, dies den Ländern zu überlassen.

Unser Schulsystem ist inzwischen absolut veraltet und legt die vorhandenen Potentiale der Jugend brach. Es stammt letztlich noch von Wilhelm von Humboldt aus dem Jahre 1802. Schüler werden gezwungen Dinge zu lernen, die sie für die nächste Prüfung brauchen, wo sie dann abgefragt und benotet werden und danach werden sie wieder vergessen.

Man weiß doch im Gegensatz zu früheren Zeiten ziemlich genau wie Lernen funktioniert. Wie lernt man am besten? Am besten, wenn man auf den Lernstoff neugierig ist. Diese naturgegebene

Neugier wird den Schülern aber bis jetzt gründlich ausgetrieben. Früher war das Lernziel schließlich der gut funktionierende Untertan. Da ist die Entwicklung von Kreativität sicherlich überhaupt nicht gefragt.

Ein großer Teil der Schüler wird durch dieses Schulsystem später nicht in der Lage sein, sich in der modernen Welt durchzubringen und dann schließlich im Sozialsystem landen. Lebensziel: Hartz IV!

Es ist eine interessante Frage, ob sich der Staat das leisten kann. Und zwar rein finanziell gesehen.

Ich habe in dieser Richtung ein Beispiel gehört: Wenn ein Mensch überdurchschnittliche feinmotorische Fähigkeiten hat und sich auch brennend für Medizin interessiert, dann kann er deshalb nicht zum Chirurgen werden, weil er in Französisch nur eine schwache Note im Abitur hatte und deshalb durch den „Numerus Klausus“ fällt. Die Fähigkeit, ein guter Arzt zu werden, wird also nicht durch Hilfsbereitschaft, Mitmenschlichkeit und Begabung für den Beruf bestimmt, sondern damit, welche Mühe er sich gegeben hat, Dinge zu pauken, die er nie im Leben wieder brauchen wird. Ärzte müssen keine Integral-Gleichungen lösen können.

Vom Schulstoff bleibt im Allgemeinen sowieso nur wenig hängen. Man lernt also doch nicht fürs Leben, sondern für Prüfungen. Manche Dinge kann man auch nicht in einer Klasse sondern nur im Einzelunterricht lernen, Mathe zum Beispiel. Dafür gibt es heute Computerprogramme, in denen Nobelpreisträger Geometrie erklären. Für den, der sich dafür genauer interessiert, geht es auch online. Ob derjenige, den das aber nicht interessiert, später dann einen Beruf ergreifen will, wo man diese Kenntnisse braucht?

Ich kann mir vorstellen, dass es riesigen Spaß machen könnte, in die Schule zu gehen, wenn es dort nur interessante Dinge zu erfahren gäbe. Es liegt oft auch am Lehrer. In meinem Gymnasium hatte ich für Latein, Mathematik und Musik den gleichen Lehrer, Studienrat Himmelbrecht, ein netter Mann. Als Lehrer völlig ungeeignet. Ich habe trotz Sprachbegabung das Latein nie begriffen, ebenso wenig war ich eine Leuchte in Mathematik. Trotzdem ich mir später selbst das Klavier spielen (halbwegs) beigebracht habe, konnte Herr Himmelbrecht mir nicht die Kenntnis von Musiknoten vermitteln – was mir heute noch fehlt. Dafür war ich in Englisch und Deutsch richtig gut, auch heute noch, diese Fächer hat Studienrat Probst unterrichtet.

Vielleicht sollte man tiefer gehende Kenntnisse von Alt Sprachen oder Mathematik nicht zum Abitur lernen müssen, sondern diese Kenntnisse erst dann erwerben, wenn eine berufliche Ausrichtung bereits ergangen ist. Natürlich muss ein Arzt oder Apotheker lateinische Bezeichnungen zuordnen können, ein Historiker oder Archäologe muss lateinische oder griechische Texte auch lesen können. Ein Ingenieur muss zwingend Mathe beherrschen, aber kein Latein. Müssen diese Spezialkenntnisse also schon in der Schule gelehrt werden? Oder reicht es noch später an der Uni? Ist es überhaupt zweckmäßig, die höheren Schulen entsprechend auszurichten, muss man also in einem humanistischem Gymnasium unbedingt Latein lernen?

In den schwachen Fächern habe ich mich dann durchgemogelt, bin nie sitzen geblieben. Das werden die Schüler auch heute noch so machen.

Nicht nur R.D.Precht meint, das ganze Notensystem sollte nur benutzt werden, um dem Schüler eine Vergleichsmöglichkeit seiner Leistungsposition zu geben. Der Druck, zu einem

bestimmten Zeitpunkt ein gewisses von irgendwo vorgegebenes Pensum zu schaffen, sollte abgeschafft werden. Es ist doch eigentlich egal, wann man das Leistungsniveau für das Abitur (oder einen anderen Abschluss) schafft.

Es gibt im Lande aber auch Leute, welche nicht unbedingt haben wollen, dass jedermann, also auch die Kinder eines Bauhilfsarbeiters, das Abitur machen. Was ist denn das Abi als Sozialmerkmal noch wert, wenn es fast jedermann bekommt?

Wo diese Egoisten politisch angesiedelt sind und ihren Einfluss entsprechend geltend machen, ist schon bekannt.

Moderne Firmen fragen bei Personalentscheidungen selbst heute schon: „Was außer dem Abitur können Sie denn sonst noch?“

Es gibt natürlich auch jetzt schon einige rühmliche Ausnahmen, zum Beispiel bei „Jugend forscht“.

Chemie ist auch so ein Fach, wo viele Schüler eigentlich schon bei Beginn abschalten. Dabei kann das hochinteressant sein, wenn man mal im Unterricht herausfinden würde, was eigentlich alles im Duschgel drin ist und wie es da rein kommt.

Dennoch, Richard David Precht und der Hirnforscher Professor Hüther meinen, dass man die Emanzipation des Schulsystems nicht aufhalten kann.

Seit 2004 wird nun an der Gesamtschule herumgedoktert aber eigentlich gehört wohl das ganze System von Grund auf geändert.

Ich maße mir aber nicht an, in diesem Buch darzustellen, wie dann unser Bildungssystem aussehen sollte.

3 - Wohnen

In unserem Lande, sagt man, brauche niemand unter der Brücke wohnen. Dennoch gibt s viele Obdachlose.

Nach einem Armutsbericht der Bundesregierung (vermutlich aus dem Jahre 2009) sind 330.000 Menschen wohnungslos. Auf der Straße leben etwa 20.000, davon 2.000 Frauen; zudem gibt es etwa 6.000 Straßenkinder. Das ist, wie der ganze Armutsbericht, sowieso geschönt.

Sicher ist, wenn ein Obdachloser zu Amtszeiten auf dem Ordnungsamt einer Stadt erscheint und eine Unterkunft für die Nacht verlangt, weil es draußen zu kalt ist, er irgendeinen Schlafplatz angewiesen bekommt. Dennoch sterben viele lieber den Kältetod (in Deutschland ca. 20 pro Jahr), bevor sie aufs Amt gehen. Was ist da los?

Es könnte sein, dass er/sie/es bereits soweit heruntergekommen oder krank ist, dass es kräftemäßig nicht mehr reicht, den Weg zum Amt zu bewältigen.

Ebenso könnte aber sein, dass der Obdachlose lieber unter der Brücke bleibt, als in ein mit minimalstem finanziellen und sozialem Aufwand betriebenes Übernachtungsheim zu gehen.

Da hat die Gesellschaft wahrlich noch erhebliche Defizite. In USA, und nicht nur dort, lässt man diesen Leuten „die Freiheit“, auf der Straße zu sterben und räumt dann die Überreste weg. Ich weiß nicht, ob so was in unserem Lande vorkommt, ich hoffe nicht.

Wallraff, habe ich gerade gelesen, hat es ausprobiert, in diversen Städten. Es ist erschreckend. Die Städte stellen zwar den

Obdachlosen Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung, diese sind aber oft sowohl nicht menschenwürdig als auch mit bürokratischen Hürden versehen, welche diese Menschen nicht mehr bewältigen können. So schreibt Wallraff, dass er bei 20 Grad minus nachts mit einem HIV-Kranken zusammen kam, der dringend in ein Krankenhaus gemusst hätte. Wallraff ging mit diesem zur Polizei, welche sich als nicht zuständig erklärte und auf die Bahnhofsmision verwies. Diese wiederum war bereits geschlossen und auf energisches Klopfen öffnete sich ein Fenster mit dem „Bahnhofsmisionar“ . Auch dieser wies den Notfall ab und verwies auf ein mehrere Kilometer entferntes Heim, welches aber um 23 Uhr schloss. Und klappte das Fenster wieder zu. Zum Glück des Obdachlosen war sein „Genosse“ der Journalist Wallraff, welcher nur mit Anmahnung der Beförderungspflicht mit Mühe und Vorauszahlung ein Taxi bekam, das diesen Menschen zu diesem Heim fuhr.

Warum ich diesen Fall anführe? Dieser Unmensch der Bahnhofsmision hätte diesen Notleidenden schlicht erfrieren lassen. Ich nenne so was Totschlag. Es ist bezeichnend, dass die „Ausführungs-Organen“ der Volksgemeinschaft, die an der Schnittstelle zu absoluter Armut tätig sind, soweit abgestumpft sind, dass sie kein Schuldgefühl mehr empfinden. Und wenn doch, verschanzen sie sich hinter Vorschriften.

Wie kommen die Leute so weit runter? Sicherlich sind sie oft selbst schuld aber ebenso oft auch nicht.

Wie geht so was? So zum Beispiel: Der Vorstandsvorsitzende der Raff & Gier AG muss seinen Bonus erwirtschaften. Deshalb werden die Personalkosten gesenkt. Dann genügt weiter unten ein kleiner Anlass (Pfandgeld in Höhe von 1 € unterschlagen) um

einen Mitarbeiter zu entlassen. Kein Anschlussjob = Hartz IV. Da zahlt dann das Sozialamt die Miete, aber nicht die 500 € der bestehenden 3-Zimmerwohnung. Sondern für 2 Eheleute höchstens 60m² und 2 Zimmer bei einem moderaten m²-Preis. In dieser Ehe will aber jeder Partner wenigstens ein eigenes kleines Reich haben, also sind 3 Zimmer erforderlich. Nicht dass das Sozialamt dafür Verständnis hätte. Es gibt Ehekrach und er hält das alles nicht aus und flüchtet in die Kneipe. Auch morgens gibt's am Kiosk schon Bier und Schnaps. Irgendwann traut er sich gar nicht mehr nach Hause. So gerät man unter die Brücke. Da gibt's wahrscheinlich noch ein paar Zwischenstufen und auch andere Gründe. Sollte die Gesellschaft nicht versuchen, diese Leute wieder zu resozialisieren? Ich meine schon.

Und das beginnt mit bezahlbarem Wohnraum. Der hessische Ministerpräsident Bouvier (CDU) hat kürzlich gesagt, das Land Hessen fördert den Wohnungsbau, indem den Investoren Zuschüsse zu den Baukosten bezahlt werden, eine Mietpreisbindung ist damit nicht verbunden. Begründung: Nur wenn mit dem Wohnungsbau auch was verdient werden kann, gibt es dafür Investoren. Das ist fraglos richtig, aber nicht sozial. Auch nicht christlich. (Cdu). Ein Staat, der es sich leisten kann, mal eben eine halbe Milliarde für unbrauchbare Drohnen in den Sand zu setzen, kann auch das Geld für sozialen Wohnungsbau aufbringen. Einen Wohnungsbau, der auch das Wort Sozial verdient. Die DDR-Plattenbauten, wo der Herr Blockwart bestimmt, welche Temperatur die Heizung hat, waren nicht sozial, sondern sozialistisch.

Nun gibt es schon länger in diesem Land Wohngeld für Leute mit geringem Einkommen. Bei Licht betrachtet ist das auch eine Art Subvention für Vermieter. Denn möglicherweise ist dieser Wohnraum zu diesem Preis nur vermietbar, wenn ein entsprechender Mangel herrscht und selbst unter diesen Umständen nicht an finanziell besser gestellte Leute, sondern nur an die Wohngeldbezieher.

Ich kann mir gut vorstellen, dass auf Anlegerseite ein Wohnraumangel nicht ungerne gesehen wird. Welche Partei würde wohl ein Anleger wählen?

Übrigens ist dieses Wohngeld durchaus übersichtlich. Es beträgt zur Zeit bei 1000 € Familieneinkommen (500/Person) und einer Mietbelastung von 450 € gerade mal 75 € .

Nun möchte ich dem Staat keineswegs Untätigkeit in Sachen sozialem Wohnungsbau vorwerfen. Nur reicht es nicht, was geschieht. Dabei klagt der Staat und die Politik dauernd über den demografischen Wandel, also dass die Bevölkerung immer mehr altert. Wer soll denn Kinder in die Welt setzen, wenn man nicht in der Lage ist, mit seiner Arbeit den Lebensunterhalt zu erschwingen um zum Beispiel eine Wohnung auch mit einem Kinderzimmer bezahlen zu können?

Überall gibt es gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften. Das ist auch gut so und diese tragen ja wohl auch die Hauptlast des sozialen Wohnungsbaus.

Aber wie überall, wo Geld im Spiel ist, ist auch die Gier nicht weit. Wenn ich richtig informiert bin, soll eine solche Genossenschaft zwar wirtschaftlich gesund sein, aber auch keine Gewinne erwirtschaften.

Bestimmt sind viele Mieter, die sich in eine solche Genossenschaft eingekauft haben, nicht gewillt, dort jemals wieder auszuziehen. Wenn es nicht gerade Messies sind, also Idealmieter. Selbst in der heute herrschenden mobilen Erwerbsgesellschaft können viele Leute tatsächlich ihr Leben lang in einer solchen Wohnung bleiben.

Aber es ist doch so, dass ein Mieter nach einer bestimmten Anzahl von Jahren den Erwerbspreis der Wohnung bezahlt hat.

Warum soll er denn dann noch Miete bezahlen? Um der Wohnungsgenossenschaft den Erwerb von Neuwohnungen zu ermöglichen? Welchen Grund sollte denn der Altmmieter haben, den Erwerb von neuen Wohnungen zu finanzieren? Er will ja gar keine neue Wohnung, sondern in der bisherigen bleiben.

Gibt es das schon, dass mal eine Wohnungsgenossenschaft freiwillig ihren Mietern nach 40 Jahren nur noch die laufenden Betriebskosten der Wohnung als Miete abverlangt? Ich habe davon noch nichts gehört. Was wohl eher eintritt, ist eine (natürlich „angemessene“) Erhöhung der Vorstandsgehälter.

Also freiwillig geht das gar nicht, ist mir absolut bewusst, nur per Gesetz. Wäre doch mal ein Ansatz für die Politik, oder nicht?

Dabei wollen wir auch nicht vergessen, dass selbst nach 40 Jahren die Immobilie nicht auf den Wert Null gesunken ist – es sei denn, die Genossenschaft hat das Objekt verwahrlosen lassen. Dann will bestimmt auch niemand 40 Jahre darin bleiben, es erübrigt sich also, darüber nachzudenken.

Nachdenken sollte man aber darüber, ob man nicht per Gesetz auch dem Privatanleger verbieten sollte, dem Altmmieter weiterhin eine Miete abzuverlangen. Jetzt höre ich schon den Aufschrei der Kapitalisten. Macht gar nichts, und der Altmmieter bekommt auch noch Kündigungsschutz. Übrigens: Der Anleger hat außer der

Miete über den ganzen Zeitraum nicht nur am Ende das Immobilieneigentum, sondern auch noch den Inflationsgewinn, welcher selbst bei der zur Zeit niedrigen Inflationsrate von 2 % in zehn Jahren 20% beträgt, wie wir alle noch in der Lage sind, auszurechnen.

Gestern bin ich wieder mal durch eine Stadtgegend gefahren, in der überwiegend Häuser dieser Wohnbaugenossenschaften stehen. Die erkennt man ganz leicht: Wohnblöcke in optisch gutem Zustand und alle nur 4 Stockwerke hoch. Warum nur 4 Stockwerke? Weil ab dem fünften Stockwerk ein Aufzug eingebaut werden muss. Nun schafft man 4 Stockwerke spielend, wenn man jung und gesund ist.

Und was ist dann, wenn man Rentner ist und auf einmal diese 4 Etagen nicht mehr schafft? Die im ADAC-Blatt über mehrere Seiten hinweg angebotenen Treppenlifte kann man in solche Treppenhäuser nicht einbauen. Womit rechnen denn nun die Baugenossenschaften? Dass der alternde Mietgenosse sich gefälligst irgendwo anders eine Wohnung sucht? Da sollte man doch mal ein anderes Baukonzept ins Auge fassen, meist sind auf diesen Grundstücken auch höhere Häuser erlaubt, fünf Etagen mit Lift, wenn auch der Lift etwas mehr Miete kosten wird.

4 - Sozialstruktur

Zur Zeit liegen die Arbeitslosenzahlen zwar sogar unter drei Millionen - zum Teil deswegen, weil die CDU-Regierung ganze Personengruppen vom Arbeitsmarkt hat verschwinden lassen - wie zum Beispiel die Frührentner und die Minijobber. Aber speziell die so genannten "Minderqualifizierten" (das sind nicht etwa die Faulenzer) haben wohl oder übel auch ganz miserable Jobs angenommen, (denn sonst hätte man ihnen das ALG gekürzt oder ganz gestrichen) von denen man selbst bei größtem Fleiß nicht leben kann und schon stimmt die Statistik wieder und unsere Politiker jubeln. Die Kanzlerin sagt dann selbstgefällig: "Der Aufschwung ist bei den Menschen angekommen!" Bei denen, die es dringend bräuchten, ist aber auch gar nichts angekommen! Und bei mir als Rentner ist eine Renten"erhöhung" von 0,25% angekommen, und zwar gleichzeitig mit der Inflationsrate von 2 % Angekommen sind die staatlichen Aufstockungsgelder in Wirklichkeit bei den Unternehmen, welche sonst mit diesen Hungerlöhnen keine Mitarbeiter bekommen würden. Möglicherweise dann auch Pleite gingen – wäre das wirklich ein volkswirtschaftlicher Verlust?

Eines stimmt: Fachkräfte werden immer mehr gesucht und die Unternehmer jammern, keinen guten Mitarbeiter zu bekommen. Da hätten sie mal dran denken sollen, als sich in früheren Jahren Lehrlinge vergebens beworben haben. Tipp für Arbeitgeber: Versuchen Sie's mal mit guten Löhnen und gutem Betriebsklima! Das Thema (Siehe unten) ist keineswegs vom Tisch.

Für globalen Wettbewerb sind viele Deutsche und auch andere Europäer weder gerüstet noch geeignet. Denn plötzlich stehen weite Teile der Bevölkerung in direkter Konkurrenz zu chinesischen und indischen Kulis, südamerikanischen Billigarbeitern und anderen ungelerten Kräften aus der dritten Welt.

Auch bei uns würde noch zu ähnlichen Hungerlöhnen gearbeitet, hätte man den Unternehmern in der Mitte des 19. Jahrhunderts freien Lauf gelassen. Dazu später noch mehr. Verschärft wird das Problem noch durch Warentransport über kontinentweite Entfernungen manchmal in nur Stunden und auch noch durch Wegfall von Einfuhrzöllen. Dazu kommt noch der lasche Umgang in anderen Staaten mit Dieben: Gestohlenes Know-How und kopierte Markenartikel werden geduldet oder sogar gefördert. Und dann kommen noch die Maschinen. Die nehmen sogar den Kulis noch das Brot weg, denn eine Maschine wird nicht schwanger, hat keine Grippe, ist nicht unmotiviert, gibt keine Widerworte, ist montags morgens ausgeschlafen, schafft locker 23 Stunden am Tag (1 Stunde Wartung) und leistet dazu noch das x-fache. Dagegen kommt man nicht an! Bei Öffnung aller Schleusen für den Warenaustausch ohne bei der Produktion gleiche Bedingungen zu schaffen, bleibt jeder auf der Strecke, dessen Arbeit von Kulis oder Maschinen gemacht werden kann. Wobei man noch berücksichtigen muss, dass Maschinen sich inzwischen selbst produzieren können. (Übrigens: Nicht die Arbeit, sondern Produktionsmaschinen muss man besteuern. Aber das nur so nebenbei.) Andererseits verdanken wir es den Maschinen, dass Gebrauchsgüter zu so günstigen Preisen auf dem Markt sind. Ich will also hier keineswegs Maschinen verteufeln. Aber jeder in

unserem Land, der zu seinem Pech nur eine Arbeit beherrscht, die jedermann überall auf der Welt in halbwegs gleicher Qualität ebenso ausführen kann - steht auf verlorenem Posten. Kleine Ausnahmen bestehen bei Dienstleistungen: Manche handwerkliche Fertigkeiten sind bei uns (noch) konkurrenzfähig - es wird zwar auch da deutlich dünner, aber das wird sich immerhin doch etwas höher einpendeln, wenn alle europäischen Staaten die gleichen Voraussetzungen haben. Der chinesische Friseur hat dann keinen Zutritt zu diesem (Arbeits)Markt - wenn unsere globalwahnwitzigen Politiker dies nicht auch noch vermässeln. Womit können wir uns dann in (naher!) Zukunft ernähren? Ist doch klar: Mit Produkten und Leistungen, welche die übrige Welt nicht aufweisen kann. Mit zwei Fähigkeiten: mit Kreativität und Qualität.

Nun wird aber ein Handarbeiter nicht unbedingt über Nacht kreativ. Schon gar nicht, wenn er kaum seine Muttersprache richtig schreiben kann und einen Dreisatz für höhere Mathematik hält. Und ein qualitativer Spitzenwerker wird er sicherlich auch nur, wenn er seine Arbeit motiviert und engagiert macht. Es sieht nicht so aus, dass unsere Unternehmer begriffen hätten, wie man das bei den Mitarbeitern erreicht. Im 19. Jahrhundert, also so um 1850 herum, versuchten diejenigen, die auf Grund günstiger Umstände (alter Landadel, zum Beispiel), an die Produktionsmittel gekommen waren, ihre Mitarbeiter wie eine Zitrone auszuquetschen. Da sind wir ja inzwischen schon wieder gelandet! Das ist es, was mit Turbo-Kapitalismus gemeint ist. Irgendwann muckt auch der willigste Sklave auf, damals so wie heute. Damals entstanden daraus die

Gewerkschaften, die SPD und radikaler noch, die Kommunisten. Wenn man mal zurückschaut, was sich die politische Riege (Kaiser Wilhelm, der Zar, die Königin Victoria oder wie sonst diese verschwippschwägerte Gesellschaft jeweils hieß) in ihrer Habgier auf Kosten der Völker damals so geleistet hat, geht einem heute noch der Hut hoch. 1918 jagten die Kommunisten ihre Zaren zum Teufel - was danach kam, war keinen Deut besser, im Gegenteil.

Nach dem 1. Weltkrieg kam dann erst eine heftige Inflation - kein Wunder, wenn der Staat Pleite ist - dann eine kurze Phase überschäumende Lebenslust, quasi als Tanz auf dem Vulkan, und dann wurde es für die kleinen Leute aber wirklich zappenduster. Das war die optimal vorbereitete Basis für die dann folgende braune Soße. Bildzeitung und ähnliche Volksmeinungsbildner gab's damals noch nicht, das erledigte Dr.Göbbels.

Also das hoffe ich doch stark, dass so etwas oder Ähnliches heute nicht mehr gewollt wird - aber Vorsicht! Das Sozialsystem ist auch in Deutschland kein weiches Polster zum Ausruhen – wenn wir auch (noch!) deutlich besser gestellt sind als die meisten unserer Nachbarn.

Inzwischen ist die Idee wohl jedem Politiker bekannt: Das bedingungslose Bürgergeld. Dummerweise hat sich die SPD dies von den Linken abnehmen lassen und deshalb ist es plötzlich „bäh“.

Was ist das denn nun genau? Nicht die Bürgerversicherung ist gemeint. Ein Bürgergeld sollte es geben für jeden erwachsenen, alt eingesessenen Bürger Deutschlands, wenn er

kein oder nur geringes Einkommen hat, für Kinder entsprechend weniger. Das soll nicht eine Sozialhilfe sein wie zur Zeit, von der man weder leben noch sterben kann, sondern ein Betrag, der es wirklich möglich macht, auf einem menschenwürdigen Niveau zu leben. Sagen wir mal 900 Euro pro Monat. Und dieses Geld muss es geben, ohne dass der Bürger deswegen seine Menschenwürde vorher am Amtseingang abgegeben hat. Dieses Geld muss es geben, ohne Verpflichtung, eine ungewollte oder überhaupt eine Arbeit annehmen zu müssen. An dieser Stelle höre ich den Aufschrei: „Dann liegt jeder nur noch am Strand herum und tut gar nichts mehr!“ Ein gefundenes Fressen für die Bildzeitung, Florida-Rolf lässt grüßen.

Das ist eben alles viel zu kurz gedacht. Es ist nämlich so, dass das Herumliegen am Strand oder Gammeln im Stadtpark sehr schnell sehr langweilig wird. Vielleicht außer für diejenigen, die dies heute schon tun. Und dann kommt bei den meisten Menschen auch ebenso schnell der Wunsch auf, eben mehr zu verdienen, um sich all die schönen Sachen leisten zu können, die bei den 900 pro Monat eben nicht drin sind. Schon das Selbstwertgefühl führt den normalen Menschen wieder einer Arbeit zu. Aber dieses Bürgergeld würde die Arbeitswelt von Grund auf revolutionieren: Der Arbeitnehmer wäre nicht mehr erpressbar! Jemand, der weiß, dass er auch ohne Arbeitsstelle menschwürdig weiterleben kann, muss nicht mehr bei jedem alten Witz seines Chefs pflichtschuldigt lachen! Da würde plötzlich ein ganz anderes Arbeitsklima in den Unternehmen herrschen! Schluss wär's mit Ausbeuten! Ein Chef würde sich hüten, einen guten Mitarbeiter zu vergraulen - die Zeitungen wären voll mit Stellenangeboten.

In den Unternehmen würden nur voll motivierte, freundliche Leute schaffen - die besten Voraussetzungen für Produktivität, Kreativität und Qualität. Kündigungsschutzgesetze könnte man in die Tonne treten, da überflüssig. Das gleiche gilt für Arbeitszeitregeln und Tarifverträge - Gewerkschaften könnten sich auflösen - ebenso wie das Arbeitsamt. Auch die Pflichtrente bräuchte man nicht mehr - wem die 900 Euronen zu wenig wären, könnte sich ja freiwillig höher versichern. Das wäre die richtige Lohnnebenkosten-Entlastung. Ja aber... wer soll das bezahlen. Ich meine, die Nation kann das stemmen. Zumal das Geld der Volkswirtschaft ja nicht verloren geht, denn das Bürgergeld ist so hoch nun auch wieder nicht, als dass man dieses auf die hohe Kante legen könnte - also wird es ausgegeben. Der Konsum wurde steigen, die Wirtschaft aufblühen.

Deutschland gibt derart viel Geld für Unnützes aus: Eurofighter und U-Boote zum Beispiel. Wenn man da mal genauer hinsieht - ein Blick in die Rechnungshofberichte und in die Akten des Bundes der Steuerzahler Thema „Steuergeldverschwendung“ würde allein schon etliche Geldquellen auftun, außerdem würden die Beiträge für Renten, Arbeitslosenversicherung, Beamtenpensionen und Sozialhilfe da ebenfalls hineinfließen. Und sei's drum: Kredite sind nicht ehrenrührig, wenn eine solide Aussicht besteht, diese erwirtschaften und zurückzahlen zu können. Die gäb's bei der Weltbank. Aber rechnen wir mal kurz: Wie viele Leute kämen denn dafür in Frage? Da wären die 3 Millionen Arbeitslosen und dann vielleicht noch mal gleich viele andere, also insgesamt 6 Millionen. 6 Millionen mal 900 =

5,4 Milliarden im Monat = 64,8 Milliarden im Jahr. Das ist zwar viel Geld aber man schaue sich mal den Staatshaushalt an - eigentlich könnte der Staat noch viel mehr bezahlen, wenn er dabei auch noch gesunden würde, erst recht. Also selbst wenn ich mit den Empfänger-Zahlen deutlich zu niedrig läge, wäre es finanziell noch machbar. Aber natürlich würden einige Zeitgenossen dieses System auch ausnutzen und rumgammeln. Das träfe den Deutsch-Michel natürlich an seiner Achillesferse: dem Neid. Dennoch würde die Nation von diesem System nur profitieren. Übrigens manche Gammler - oder diejenigen unter uns, die eben überhaupt keinen Chef über sich vertragen, hätten dann die Möglichkeit, selbst bestimmt ihre kreativen Ideen - Kunst, Erfindungen, soziales Engagement - zu verwirklichen. Die wären dann auch bald wieder raus aus dem 900 Euro-System. Wären diese Optionen es nicht wert, über dieses Bürgergeld mal in Ruhe und emotionslos nachdenken? Vielleicht wäre dann diese Idee doch nicht so schmutzig wie von der SPD vermutet?

Ich höre schon die Frage: Wie sollte man das nur einführen, wenn man alleine mal an den Beamtenstand denkt? Das geht doch leicht. Entweder, der Beamte bekommt mehr als 900 €/Monat, dann ist er sowieso nicht auf der Liste und wenn doch weniger (gibt's das überhaupt?) dann eben die 900 und sonst nichts.

Pendlerpauschale nutzt Armen gar nichts!

Die absolut unsoziale Energiebesteuerung nach dem "Energiesteuergesetz" sorgt dafür, dass Arme eben noch ärmer werden. Denn die Vergünstigungen, zu denen sich die Politik ach so furchtbar schwer durchringen kann, betreffen ja schließlich nur

diejenigen, welche noch Einkommensteuer bezahlen - da gehöre ich und alle Harz-IV-Empfänger schon lange nicht mehr dazu. Aber auch die Beschäftigten aus der Geringverdiener-Ecke müssen zwar irgendwie auf ihren Arbeitsplatz kommen, aber eine Unterstützung vom Staat bekommen sie dafür nicht. Denn sie zahlen ja in der Regel auch keine Einkommensteuer.

Steuern zahlen sie jedoch schon und zwar reichlich. Zum Beispiel auch in Form der Energiesteuer. Und natürlich dürfen sie auch die MwSt. mittragen.

Mal ganz abgesehen davon, dass die übermäßige Besteuerung der Energie (auf 1000 Liter Benzin liegen zZt. 669,80 Steuer) volkswirtschaftlich großen Schaden anrichtet, weil sie ebenwirklich alle Produkte verteuert, werden die Armen im Lande immer voll getroffen.

Ja, ja, ich höre die Grünen und alle Weltverbesserer vom B.U.N.D, dass wir den Planeten zugrunde richten. ICH NICHT! Mir wurde mein letztes Auto, das nur den CAT Euronorm Eins hatte, vom Staat sozusagen enteignet, weil es jedes Jahr 25% höher besteuert wurde. Verkaufen könnte man so ein Auto dann auch nur nach Afrika, wenn die Wegekosten nicht wären. Das macht den Leuten, die sich in solchen Fällen eben ein neues Auto kaufen, nun schon gar nichts aus – die MwSt. wird rausgerechnet, die Einkommensteuer entsprechend verkürzt und schon passt es ja. Der Autoindustrie passt es auch. Wer sich angesichts seiner Heizkostenrechnung kein neues Auto leisten kann, hat eben Pech gehabt.

Klar funktioniert das insofern, dass sehr schnell alte Autos von den Straßen verschwunden sind - auf Kosten der Geringverdiener im Land. Auf die Idee, dass diese Fahrzeuge auch wegen Abnutzung

von alleine verschwinden und dass dies sozialer wäre, kommen die Politiker gar nicht.

Wem unsere, ach so umweltschonende Energiesteuer auch zugute kommt, sind die Länder, die bei uns Billigprodukte anbieten, China zum Beispiel. Denen ist noch egal, ob sie über ihren Fabriken noch blauen Himmel sehen oder nicht. Das läuft alles ganz falsch. Energieverbrauch für Bürger (nicht für Firmen!) im unteren Bereich muss billig bleiben und progressiv ab einem Grenzwert nach oben besteuert werden. Im Kfz-Sektor würde ich das an die PS-Leistung koppeln: bis 100 PS billig und dann wird's teuer. Ab 200 PS richtig teuer. Wer dann noch einen SUV fahren will, hat auch Geld genug.

Minijob - Ursache vieler Übel im Arbeitsbereich.

Vor etlichen Jahren wurde das so genannte 624-Mark-Gesetz eingeführt. Es sollte geringfügige Beschäftigungen ermöglichen und vereinfachen und kleinen Gewerbetreibenden (insbesondere in der Gastronomie) zu Hilfskräften speziell für zeitlich begrenzte Aufgaben verhelfen. Soweit so gut. Leider haben damals die Politiker wieder mal, wie so oft, die Sache nicht bis zu Ende durchgedacht. Denn dann hätten Sie diese Möglichkeit für Großfirmen mit vielen Beschäftigten begrenzt. Denn was ist daraufhin geschehen? Großfirmen mit vielen Arbeitnehmern haben alle Möglichkeiten ausgeschöpft, regulär beschäftigten Mitarbeitern zu kündigen. Nicht weil keine Arbeit mehr dafür da war - nein, um sich aus ihrer sozialen Verantwortung zu stellen. Denn die Leute wurden sofort wieder als geringfügig Beschäftigte nach dem oben genannten Gesetz eingestellt. Das ist mit der Umstellung auf das 400-€

Gesetz keineswegs geändert worden, obwohl sich die Gelegenheit dazu wirklich angeboten hätte.

Da fragt man sich tatsächlich: Ist das von bestimmten Politikern gewollt, um die Gewinne mancher verantwortungsloser Unternehmer zu optimieren? Da wird dann noch das Mäntelchen der sozialen Wohltat herum gehängt: Seht her, da geben wir doch manchen Leuten, die sonst gar keine Arbeit hätten, wenigstens ein bisschen Verdienstmöglichkeit. Ich habe dem Arbeitsminister vorgeschlagen, sich darum zu bemühen, diese Vorschrift insofern zu ändern, dass eine Firma nur zu einem bestimmten Prozentsatz ihrer Arbeitnehmer diese nach diesem Modell beschäftigen darf. Also beispielsweise: Wenn eine Firma 1000 Beschäftigte hat, dürfen nur 100 nach dem 400 € - Gesetz beschäftigt werden. Also 10% und nicht mehr. Das könnte man noch an eine Mindestzahl an Beschäftigten koppeln - vielleicht 10 Mitarbeiter, sodass dem Kleinunternehmer nach wie vor die Möglichkeit bleibt, für zeitlich befristete Arbeiten Hilfskräfte zu bekommen. Ach so: Bis jetzt hat mir das Ministerium noch keine Antwort geschickt.

Midi-Job ist gut für Altersrentner

Mancher Altersrentner bekommt eine so kleine Rente, dass ihm nichts anderes übrig bleibt, als noch dazu verdienen - so wie es mir geht. Meistens kommen dafür diese so genannten 400-€-Jobs in Frage, was aber nicht wirklich eine ideale Lösung ist . Denn viel besser kommen beide, nämlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mit einem sog. Midi-Job weg, mit dem man bis zu € 800,- pro Monat verdienen darf.

Hier mal ein Beispiel: Angenommen mal, der Altersrentner ist verheiratet und hat infolgedessen die Lohnsteuerklasse drei, weil Oma nichts mitverdient. Wenn er sich dann einen Job sucht, bei dem wären zum Beispiel € 799,- verdient, dann ergeben sich folgende Abzüge:

Lohnsteuer: € 0,0 Kirchensteuer: € 0,0 Solidaritätszuschlag: € 0,0 Krankenversicherung € 62,18 Pflegeversicherung: € 7,79 Rentenversicherungen: € 0,0 Arbeitslosenversicherung: € 0,0
 Monatliches Nettoentgelt: € 728,52 Arbeitgeberbelastung: € 862,32 also immer noch deutlich weniger als die 25% beim 400 Euro-Job Würde der Altersrentner jedoch nur € 410,- verdienen, so hätte er € 12,38 Abzüge, und der Arbeitgeber eine Belastung von € 442,49 Das bedeutet für den Rentner, dass er im Gegensatz zum 400.- €- Job etwas schlechter gestellt wäre.

Wenn dann aber der Arbeitgeber seine soziale Ader entdeckt und seinem Mitarbeiter die € 12,38 aus der Privattasche bezahlt, dann würde ihn das also € 454,87 kosten, also € 32,- weniger als bei einem € 400,- Job. Leider ist bei Arbeitgebern aber das Krankheitsbild "Gier frisst Hirn" weit verbreitet. Deshalb ist der Rentner gut beraten, wenn er seinem potenziellen Arbeitgeber schon im Voraus diese Rechnung vorlegt. Bei der Gelegenheit kann man diesem dann auch sagen, dass jeder Arbeitnehmer, also auch mit Mini- oder dem Midi-Job, Anspruch auf bezahlten Urlaub hat. Dann bräuchte der Arbeitgeber sich auch nicht erpressbar machen, wie das zum Beispiel bei der so beliebten Schwarzarbeit der Fall ist.

Neuerdings ist ja das Modell auf 450 € aufgestockt worden, da müssten die Summen entsprechend neu berechnet werden, aber das Prinzip bleibt gleich.

Kultur nur für Besserverdienende

Kürzlich war ich zusammen mit meiner Frau in der Wilhelma in Stuttgart. Eigentlich hätten wir uns das nicht leisten können - denn für Kleinrentner sind 24 Euro kein Pappenstiel. Aber meine Frau meinte "ich muss mal wieder einen anderen Affen sehen".

Recht hat sie.

Einrichtungen wie Zoos oder Museen oder Theater sind für einen Kulturstaat unverzichtbar, das ist ja wohl unbestritten. Diese Einrichtungen kosten auch viel Geld und sind von den Eintrittsgeldern oft nicht finanzierbar. Deshalb gibt es dafür auch staatliche Beihilfen.

Wenn aber der Staat mithilft bei der Finanzierung, dann ist es recht und billig, dass die Kulturstätte dann für die Bürger, welche unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, gratis oder wenigstens deutlich verbilligt zugänglich sein muss. Die Wilhelma kostet 12 € Eintritt auch für Rentner oder Sozialhilfeempfänger. Vielleicht würde auch die Umsatzeinbuße durch niedrigere Eintrittspreise dadurch ausgeglichen, dass sich mehr Leute den Besuch leisten könnten und würden. Ein Zoo oder Museum wird durch mehr Besucher sicherlich nicht entsprechend mehr abgenützt.

Was ist mit unserer sozialen Kultur los? Nix !

Vor noch nicht allzu langer Zeit hat man gemeint, man dürfe Kinder nicht durch autoritäres Gehabe in ihrer Entwicklung

hemmen. Was hat man damit erreicht? Richtig, Hemmungslosigkeit. Das zeugt doch von selbst bestimmter Entwicklung, wenn Klein-Kevin mit zu Besuch darf bei fremden Leuten und dort dann spielerisch die Tapeten von den Wänden zieht. Derartige Erziehungsmängel kann man heutzutage allenthalben bewundern: Im Zug oder Bus kann man es sich doch bequem machen, indem man die Füße auf dem gegenüberliegenden Sitz hochlegt. Wozu denn da erst umständlich die Schuhe ausziehen? Handyverbot im Bus, weil der Fahrer dadurch allmählich verrückt wird? Das juckt doch unsere sonnige Jugend nicht. Pizzaschachteln und McDonald-Tüten lässt man einfach dann fallen, wenn sie leer gegessen sind, Bierflaschen sowieso. Es wird sie schon irgendwer wegräumen. Meine Idee dazu: Die Behälter der so genannten Fast-Food auch mit Pfand belegen, wie bei den Dosen. Ja, der Herr Trittin hat auch sympathische Züge! Eventuell müsste man dafür dann irgendwelche neuen, pfandfähigen Behälter erfinden.

Man darf auch die Kunstentwicklung nicht behindern. Wenn es jemanden treibt, sich künstlerisch auszudrücken, dann muss das umgehend geschehen, auch in der Eisenbahn. Als Pinsel eignet sich da ein Taschenmesser und die Leinwand wird ersetzt durch das Abteilstfenster. Das gibt recht kreative Kratzer. Manche Künstler haben aber auch einen Filzstift (one4all) in der Tasche, welcher auf unendlich vielen Materialien schreibt, was nicht nur durch flotte Sprüche an Toilettenwänden, sondern auch durch "tags", am liebsten auf frisch lackierten Gegenständen, bewiesen wird. Der Kultursprung vom Haushund zum derart malenden Homo (sapiens?) ist übersichtlich. Der Marker sagt entweder "Nero der Große, war hier" oder "Lonesome wulff Harry" hat das gezeichnet.

Begeisterung kommt auch beim Waldwanderer auf, wenn er endlich einmal wieder ein noch durchaus funktionstüchtiges Sofa vor der Tannenschonung findet. Wenn man die paar Altreifen, die noch davor liegen, etwas zur Seite gerollt hat, kann man sich darauf noch bequem ausruhen oder picknicken. Die Verpackungsreste vom Picknick fallen später neben dem Möbel sowieso nicht mehr auf. Das Auto parkt inzwischen auf dem Gehweg vor Haus 18. Da ergibt sich deshalb manchmal ein kleiner Konflikt zwischen einem flotten Radler oder der Oma mit dem Rollator, wobei die Oma meistens nachgibt und mutig über die Fahrbahn ausweicht. Da hat der Staat oder die Ortsbehörde keinen Sanktionsbedarf, denn der Radler zahlt noch ein ins System und die Oma kostet nur. Nicht immer ist der Wald erreichbar, wenn man picknicken will. Im Heimbereich heißt das auch anders, nämlich grillen. Wen stört es schon, wenn zum Anfeuern der ach so wohlriechende Grillanzünder benutzt wird, dessen Qualmwolke sowieso bald vom lieblichen Geruch der schmorenden Fleischstücke ersetzt wird. Soll er doch das Fenster schließen und wenn es dem Nachbar dann zu warm wird in der Hochsommernacht: der Baumarkt verkauft Klimageräte.

Ich glaube nicht, dass ich hier in den Verdacht gerate, mich über völlig abwegige Verhaltensmuster meiner Mitbürger zu erregen. Was ich aber glaube: Die Kulturstufe, die unsere Gesellschaft benötigt, um ohne Kontrollen auszukommen, haben wir noch lange nicht erreicht. Ich rufe hier nach mehr Kontrolle - aber natürlich nicht nach dem Polizeistaat. Der Polizeistaat beschnüffelt jeden, auch im Privatbereich. Das will sicherlich niemand (mehr). Aber wie wär's mit mehr Kontrolle auf Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen durch Videoüberwachung? Ich habe kein Datenschutzproblem, wenn ich dabei beobachtet werde, wenn ich

verreise. Wie wär's mit mehr Steuerprüfungen, schon um dem Gewerbetreibenden Gewissenkonflikte zu ersparen? Wie wär's mit mehr Kontrolle, wie Atomkraftwerke betrieben werden? Oder was für Ingredienzien in der Wurst sind? Oder ob die Metzgereifachverkäuferin mit den gleichen Fingern den Geldschein und jedes Wursträdchen anfasst? Oder ob das örtliche Krankenhaus auch einen Hygienesachbearbeiter hat? Oder ob der Huberbauer zusammen mit dem Tierarzt seine Viecher mit Antibiotika gesund erhält und dabei diese Antibiotika wertlos macht? Oder ob Radfahrer den Radweg auf der falschen Seite benutzen, die Einbahnstraße falsch rum und auch noch ohne Licht fahren? Oder ob Ärzte zusammen mit der Pharmaindustrie die Versicherungen betrügen und dadurch die Beiträge immer höher werden? Man sieht, überall fehlt es an Kontrolle. Aber wenn kontrolliert wird, dann nicht so, wie in Altenheimen, wo der Kontrollbesuch schon mehrere Tage zuvor angekündigt wird. Und zur Kontrolle gehört auch die Sanktion. Und die muss schmerzhaft sein, um zu wirken. Bei unseren, ach so kontrollresistenten Jugendlichen, hilft nicht etwa ein staatlich geförderter Segelurlaub in der Karibik, sondern eine mehrjährige Führerscheinsperre. Vielleicht sollte man als Bürger nicht immer wegschauen, wenn man sieht, wie sich ein Anderer asozial verhält, sondern den Missetäter zur Rede stellen, notfalls, und wenn das Fehlverhalten schwerwiegend genug ist, es auch zur Anzeige bringen. Denn allmählich habe ich den Eindruck, dass unsere Gier gesteuerte Gesellschaft langsam, aber sicher, sozial verlottert.

5 – Ernährung

Sehr viele im Lande sind zu dick – ich selbst mit 77kg bei 1,79m nur ein bisschen.

Warum das so ist, kann man wissenschaftlich leicht mit dem 2. Satz der Thermodynamik begründen. Sie wissen nicht, was dort steht? Na so was. Man kann es volkstümlich so ausdrücken: Von nix kommt nix.

Denn viele Zeitgenossen essen „wie die Scheunendrescher“.

Wer drischt heute noch in der Scheune? Niemand – der deutsche Bauer hat dafür eine Maschine, die er in einem klimatisierten Steuerstand über den Getreideacker fährt, Kraft braucht er nicht mal mehr zum Lenken, das macht auch ein Servo. Servus heißt lateinisch „Sklave“ und wir sind umgeben von solchen modernen Sklaven.

Angesichts dieses niedrigen Energieverbrauchs selbst bei Berufsgruppen, die früher zu den Schwerarbeitern zählten, darf man eigentlich nur noch soviel essen, dass der Körper auf seiner Betriebstemperatur gehalten wird.

Jetzt habe ich mal ein paar Beispiele mit einem Rechenprogramm ermittelt. Also während ich hier schreibe (leichte Bürotätigkeit im Sitzen), verbrauche ich am Vormittag ca. 600 Kalorien, meine Frau macht derweil ihre Hausarbeit und verbraucht dabei 850 Kalorien.

Und was gab's zum Frühstück?

Üblicherweise 2 Scheiben Graubrot, eine mit Wurst eine mit Käse. Das wären ca. 470 kcal. Damit wird man nicht fett, selbst wenn man nur rumsitzt.

Aber leider geht meistens der Tag so nicht weiter und eh' man sich versieht, hat man mehr gegessen als verbrannt. Wo kommt die Restenergie (siehe Thermodynamik) hin? Klar, auf die Hüften als Speck.

Ist wirklich nicht ganz einfach für uns Europäer schlank zu bleiben, für Amis ist's noch schwerer, liegt zum Teil am Zuckerwasser, Coca-Cola genannt und fettigen French Fries. (Pommes).

Zumal es das ungesündeste Essen am billigsten beim Discounter gibt. Kürzlich habe ich gehört, was es kostet, ein ganzes Schwein zu schlachten und zu zerlegen. Man glaubt es kaum: unter zwei Euros.

Die Nahrungsmittel werden bei uns industriell hergestellt, selbst der Huberbauer kommt nicht mehr ohne Computer aus. Eine Hungersnot kann man sich bei uns nicht mehr vorstellen und das wird vermutlich auch in Zukunft hier so bleiben. Aber ob das, was uns satt macht, immer gesund und hygienisch ist, steht auf einem anderen Blatt. Im vorigen Kapitel habe ich den Antibiotika verschreibenden Tierarzt schon erwähnt und hier fällt mir gerade der Rinderwahn ein, hervorgerufen durch Billig-Tiermehl als Futter für Pflanzenfresser. Man sollte es nicht glauben, auf welche Ideen die Leute in ihrer Geldgier kommen. Das war ja kein Einzelfall, wie man weiß, die Schweinegrippe und die Vogelgrippe haben die gleichen Ursachen, wenn auch nicht in Europa und schon gar nicht in Deutschland verursacht. Nur strenge Kontrollen verhindern solche Auswüchse, die uns alle krank machen. Daran fehlt's aber schon.

Jetzt könnte man durchaus politische Maßnahmen ergreifen, die zum Beispiel die Massentierhaltung humaner machen und auch die Landprodukte wie Kartoffeln, Getreide, teurer machen. Dem

Landwirt wäre das sicher recht, wenn er für seine Feldfrüchte mehr erzielen könnte. Dann bräuchte die EU auch nicht soviel zu subventionieren. Aber halt: Wer löffelt denn diese Suppe aus? Richtig, derjenige, welcher auf die billigen Lebensmittel angewiesen ist, die Armen, also Kleinrentner, Arbeitslose, Grundsicherungsempfänger. Deshalb befürworte ich solche Maßnahmen nur dann, wenn diese wirtschaftlich schwachen Leute entsprechen unterstützt würden. Also mehr Geld zur Verfügung hätten, diese teureren Lebensmittel zu bezahlen.

Als Nebeneffekt – wenn die ganze EU dies machen würde – hätte dann der Kleinbauer der Dritten Welt mit seiner geringen maschinenlosen Produktion größere Chancen, seine Erzeugnisse abzusetzen. Es nutzt dem Bauern in Afrika nichts, wenn er sein Huhn für nur fünf Lewonzen (oder wie seine Währung je heißen mag) auf dem Bauernmarkt seiner Gegend anbietet, wenn das EU-Gefrier-Huhn einschließlich Transportkosten nebenan für 3 Lewonzen verkauft wird.

Es grünt so grün...

Bald wird es wieder grün in der Landschaft werden und manchmal sogar gelb - soweit das Auge reicht. So schön die Rapsfelder anzusehen sind - mich ärgern sie zunehmend. Denn bald werden unsere Landwirte eigentlich nicht mehr Weizen oder Kartoffeln anbauen, sondern nur noch Raps und, bevorzugt, Mais. Warum denn das? Nun ist doch logisch: Aus diesen beiden Pflanzen macht man Treibstoff und der bringt doch viel mehr Geld als Brot. Und dazu wird das auch noch nach dem EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) bezuschusst.

Das bezahlen wir alle nicht nur über die Stromrechnung sondern bald auch beim Bäcker oder Gemüsehändler. Denn wenn weniger

Getreide und Kartoffeln angebaut werden, steigt deren Preis. Das trifft besonders diejenigen, die gar kein Auto haben. Es ist auch bei den Grünen so: eine Partei der Armen ist das schon gar nicht. Es ist einfach schlimm, dass alle Gesetze immer von Leuten gemacht werden, denen es finanziell richtig gut geht. Aus der Position kann man sich einfach nicht mehr richtig hineindenken, wie es den vielen wirklich Armen im Lande geht, auch wenn man das Wort "sozial" hundertmal täglich im Mund hat.

Was übrigens täglich an noch brauchbaren Lebensmitteln weggeworfen wird, geht wirklich auf keine Kuhhaut. Gelegentlich landen diese Waren tatsächlich bei den „Tafeln“ und stehen den Armen zur Verfügung. Aber nicht immer. Manches wird schon vom Landwirt wieder untergepflügt weil es sich nicht verkaufen lässt.

Nur so eine Idee: Wenn der Einzelhandel, der Bäcker zum Beispiel, an jedem Abend eine Stunde vor Ladenschluss diejenigen Waren verbilligt hergeben würde, die sonst weggeworfen würden?

Ich habe allerdings gehört, manche machen das bereits. Könnten aber ruhig mehr sein.

6 – Gesundheit

Unser Gesundheitssystem sei das beste der Welt, sagen manche Politiker. Ob das denn stimmt? Bestimmt ist es besser wie das von Kamerun und USA. Der US-Bürger glaubt den Republikanern und der Tea-Party, mit der allgemeinen Krankenversicherung bräche der Kommunismus im Lande aus.

In der Schweiz ist jeder Bürger krankenversichert und muss auch den Beitrag leisten. Bei uns hat die FDP das bisher verhindert. Jeder, der nicht abhängig beschäftigt ist oder mehr als ca. 4000 im Monat verdient, braucht sich an der Solidargemeinschaft nicht zu beteiligen. Das sollte man mal ein wenig beleuchten. Wer meint denn, auf eine Krankenkasse verzichten zu können? Zunächst mal sind das diejenigen, die auf solch einem soliden und großen Vermögen sitzen, dass sie alle denkbaren medizinischen Leistungen selbst bezahlen können. Das sind auch die gleichen Leute, die immer mal der FDP eine ordentliche Spende zukommen lassen damit das so bleibt, der Inhaber von Mövenpick zum Beispiel, der sich bei der FDP für den Mehrwertsteuererlass für Hotels mit 300.000 € bedankt hat. Der kann natürlich auch den teuersten Professor spielend bezahlen.

Dann sind das natürlich diejenigen, (gerne zwischen 30 und 40 Jahre jung) die dem wortgewandten, sympathischen Versicherungsvertreter auf den Leim gegangen sind, der ihnen mit deutlich niedrigeren Beiträgen das Denkvermögen umnebelt hat. Logisch, dass ein Mensch der jung und gesund ist, für die Versicherungen der Idealkunde ist. Dieser Schuss kann gewaltig nach hinten los gehen, wenn der gut bezahlte Job verloren geht oder das kleine Unternehmen plötzlich in eine Absatzflaute gerät.

Das ist oft auch verbunden mit einem Einbruch der Gesundheit. Oft genug kommt es dann dazu, dass nun in höherem Alter die wesentlich höheren Beiträge zur Krankenversicherung bei kleinen Unternehmern schließlich der Auslöser für die Insolvenz ist.

Zur dritten Gruppe komme ich gleich, vorher möchte ich hier noch einflechten, dass die medizinische Privatbehandlung neben dem Komfort auch ihre Risiken hat. Denn wenn reichlich Kohle am Patienten zu verdienen ist, fällt dem Herrn Professor häufig noch eine ganz wichtige Operation ein. Und ein Arzt, der nicht an einem Menschen eine behandlungsbedürftige Krankheit findet, hat doch seinen Beruf verfehlt.

Die 3. Gruppe sind die Leute, welche keinen ordentlichen Job finden und versuchen, selbstständig über die Runden zu kommen. Die können sich nämlich die Privatversicherungen nicht leisten, eigentlich auch die gesetzlichen Kassen nicht und hoffen, in absehbarer Zeit nicht krank zu werden. Diese Menschen sind der FDP und wohl auch den Parteien des rechten Spektrums völlig egal, denn diese gehen entweder überhaupt nicht zur Wahl oder wählen links.

Hier zeigt es sich, welche Art von Sozialstaat dieses Land ist. Dieser Mensch würde zwar in der Ambulanz versorgt, wenn er blutend eingeliefert würde, aber mit chronischen Krankheiten oder Gebrechen müsste er selbst fertig werden. Den Ersatz für einen ausgebrochenen Zahn kann er auch nicht bezahlen. Wenn man viele Leute mit Zahnlücken sehen möchte, muss man mal nach den USA reisen. Von dort beziehen unsere Politiker ja immer ihre freiheitlichen Ideen. Um es noch mal zu verdeutlichen: Es sollte wirklich jeder in der gesetzlichen Krankenkasse versichert sein, also Pflichtkasse für alle.

Nun ist es bei uns ja so, dass der Normalbürger sicherlich seine Krankenkasse hat, wenn sie ihn auch teuer kommt. Für das viele Geld möchte er natürlich die best-mögliche Behandlung bekommen. Die ist logischerweise abhängig von der Qualifikation des Arztes. Wer in einer ländlichen Gegend wohnt, hat wahrscheinlich nicht viel Auswahl an Medizinern. In Städten sieht das ganz anders aus. Man schaue sich mal um: An jeder zweiten Haustüre hängt ein Arztschild.

Nun wollen wir mal jedem Arzt unterstellen, dass er nur das Beste für seine Patienten will. Das bedingt aber, dass er sich auf dem Stand der Wissenschaft hält. Ob er dazu angesichts eines dauernd überquellenden Wartezimmers die Zeit hat? Vor langen Jahren war ich mal für Infratest als Interviewer von Ärzten tätig und meine Aufgabe war, herauszufinden, was der Herr Doktor denn so an Fachzeitschriften liest. Es war erschreckend! Es wurde zwar meist behauptet, dass die wichtigen Fachartikel gelesen würden aber mithilfe der Interviewtechnik stellte sich dann raus, was wirklich gelesen wurde. Wenig bis gar nichts, abhängig von der Arbeitsbelastung. Sollte man als Patient also zu dem Arzt gehen, der wenig zu tun hat?

Nun gibt es heute im Internet die Bewertungsportale – auch für Ärzte. Vom Ansatz her erscheint das wertvoll für die Arztwahl. Ist aber leider nicht so. Das liegt daran, dass diese Portale eben den falschen Ansatz haben. Falsch ist nämlich, dass es negative Bewertungen geben kann. Da ist es möglich, dass aus einer persönlichen Antipathie eine unberechtigte Abwertung des Arztes erfolgt. Schon wegen dieser Möglichkeit ist der Arzt selbst an diesen Portalen nicht interessiert. Ganz anders wäre das, wenn im Bewertungsportal ausschließlich positive Einträge erlaubt wären. Dann könnte ich mir vorstellen, dass der Mediziner selbst seinem

Patienten empfiehlt, sich nach einer erfolgreichen Behandlung dort zu äußern. Wenn dann viele Ärzte etliche positive Einträge haben und ein anderer Arzt keine oder nur ganz wenig – nun, wo würden Sie hingehen?

Das Internet bietet auch noch einen anderen medizinischen Aspekt. Der Patient von heute kann sich dort mit umfassenden Kenntnissen über seine Krankheit und deren Behandlung versorgen. Wenn er auch noch die englische Sprache beherrscht und ein wenig Latein gelernt hat, kann er sich über den internationalen Stand der Wissenschaft informieren. Manchem Arzt behagt das aber gar nicht, dass der Patient schon so aufgeklärt in seine Sprechstunde kommt.

Aber andererseits ist es mir als Patient auch nicht so angenehm, dass ich nur deshalb ein Medikament nehmen soll, weil der Vertreter der Pharmaindustrie dies dem Doktor so warm empfohlen hat, womöglich bei einem darauf abgestimmten Fortbildungsseminar in Mallorca.

Da habe ich aus eigener Erfahrung ein schönes Beispiel. Vor ca. 30 Jahren hatte ich wie heute einen etwas zu hohen Cholesterinspiegel. Mein damaliger Hausarzt wollte dagegen mit Lipidsenkern vorgehen. Per Zufall, das Internet gab es damals ja noch nicht, las ich eine amerikanische Studie über dieses Thema, worin aufgezeigt wurde, dass die Sterblichkeit der Gruppe, welche diese Medikamente genommen hatte, größer war als die bei der nicht behandelten Kontrollgruppe. Daraufhin nahm ich diese Pillen nicht und habe heute, 30 Jahre danach, immer noch einen etwas erhöhten Cholesterinspiegel, der mir aber nicht weh tut. Vor mehr als 10 Jahren hat ein anderer (wegen Wohnortwechsel) Arzt bei mir leichte Diabetes Typ II festgestellt. Das wird immer mit dem

Langzeitwert gemessen (HbA1C) und sollte damals, wenn höher als 6,0 , behandelt werden, zum Beispiel mit Metformin. Ich habe Metformin bis heute nicht genommen. Inzwischen ist der Grenzwert auf 7,5 (nicht bei mir) gestiegen und ich habe nach wie vor keine Diabetessschäden.

Da sollte ein Arzt eigentlich ins Grübeln kommen.

Bei einer Pflichtkrankenkasse für jedermann sollten aber diejenigen, welche sich bewusst einem höheren Gesundheitsrisiko aussetzen entsprechend höhere Prämien zahlen. Sie merken es schon, ich meine die Raucher.

Wie aber sollte man das machen?

Höhere Kassenbeiträge für Raucher lassen sich nicht realisieren. Was aber ginge: Die Herstellerfirmen von Raucherwaren sollten neben der sowieso hohen Steuer auch einen Beitrag an die Krankenkassen abführen. Logischerweise würde das dann zu noch höheren Preisen für Tabakwaren führen. Das macht aber nichts, im Gegenteil. Da würden sicher noch mehr Jugendliche gar nicht erst mit dem Rauchen anfangen, weil es einfach zu teuer ist.

Andererseits sind Raucher ja durch ihre Sucht beratungsresistent. Jeder weiß es ja, die Nikotinsucht führt zu bösen Krankheiten und schließlich meistens zum Tode. Jeder Raucher meint, dass dies auf ihn persönlich gar nicht zutreffe. Als Beispiel führt er den Deutschen Demoraucher, Helmut Schmidt an.

Ein interessantes Thema im Bezug auf die Gesundheit ist „German Angst“. Die ist schon zu einem geflügelten Wort in der Welt geworden.

Wir Deutschen haben vor allen möglichen, besonders den nicht klar definierten Gefahren große Angst. Zum Beispiel dem Elektro-

Smog. (Wer hat bloß dieses Wort erfunden?) Wir brauchen zwar Hochspannungsleitungen, damit der durch Windmühlen im Norden erzeugte Strom auch nach Süden fließen kann, aber bitte nicht über mein Grundstück. Dass ein Handy womöglich einen Hirntumor bewirken kann, ist lange Zeit ein Thema gewesen, inzwischen hat man gemerkt, dass noch kein Jugendlicher einen solchen bekommen hat und es ist wieder in Vergessenheit geraten. Echte Gefahren, wie beispielsweise die immer lauter werdende Musik für's Gehör, werden aber nicht erkannt oder ignoriert.

Ein Bereich, wo viele Leute Angst (um was eigentlich?) haben, ist die Gen-Technik. Die meisten haben davon nicht wirklich eine Ahnung, aber große Angst. Da sieht man schon Kolonnen von geklonten Soldaten marschieren. „Um Gottes Willen, du kaufst Gen-manipulierte Kartoffeln? Das ist der sichere Tod, oder dein nächstes Kind hat zwei Köpfe“.

Das wirkt sich auch politisch aus, denn die meisten Politiker haben von diesen Themen auch keine Ahnung. So bewirken zum Beispiel die Gesetze bezüglich der Stammzellen, dass die deutsche Medizin-Forschung von der früheren Weltspitze auf hintere Plätze abgerutscht ist. Große Firmen lagern diese Forschung ins Ausland aus und daraus resultierende Produkte werden dann auch dort hergestellt und das Steueraufkommen daraus geht dem deutschen Fiskus natürlich verloren.

Ein ewiges Hickhack ist auch die Kerntechnik. Als diese eingeführt wurde, hat man sich wahre Wunder davon versprochen. Dass dieser Weg falsch war, weiß man erst heute. Denn wenn das viele Geld schon damals in andere Technologien gesteckt worden wäre, hätten wir schon lange nur erneuerbare Energien. Was bis heute davon nicht geklärt ist: Wohin mit den strahlenden Restprodukten? Keiner will sie und wir Deutschen haben zwar mit

akuten und aktuellen Gesundheitsgefahren kein Problem (siehe Tabak) aber die Gesundheit von Nachkommen in 100000 Jahren liegt uns sehr am Herzen. So will man nicht riskieren, dass Atommüll in einen Salzstock gelagert wird, der zwar schon eine Million Jahre unverändert da liegt, aber wer weiß, wer weiß wie lange noch und dann der Nachwelt das Grundwasser kontaminiert. Was in diesen Salzstöcken (Gorleben) gelagert wird, sind übrigens nicht die stark strahlenden Brennstäbe, sondern leicht kontaminierte Kleidung oder Werkzeuge oder Medizinabfälle.

Die Brennstäbe (Castorbehälter) stehen oberirdisch in einer Kühlhalle und verbleiben dort auch noch mindestens 30 Jahre.

Nach den Unfällen in Tschernobyl und Fukushima hat unsere alternativlose Kanzlerin über Nacht den Ausstieg aus der Atomenergie verordnet, ohne zu wissen, wohin mit dem Rest.

Ich weiß, dass der Export des Atommülls per Gesetz verboten ist, aber Gesetze lassen sich ja ändern. Ich würde – aber man fragt mich ja nicht – mal bei den entsprechenden Regierungen anfragen ob man denn nicht in der Mitte der Wüste Gobi oder in der Atacama – also da wo's wirklich staubtrocken ist – ein großes Loch ausbaggern und betonieren dürfte, um dort den Atommüll einzulagern. Gegen entsprechende Bezahlung natürlich. Ich glaube nicht, dass dadurch je jemand gefährdet würde. Und diesen armen Ländern würde ihre Wüste endlich mal was einbringen.

Und was machen wir hier mit den abgeschalteten Atomkraftwerken? Sie sollen abgerissen werden. Soweit es die nicht strahlenden Teile angeht, ist das in Ordnung. Was aber geschieht mit dem strahlenden Reaktor? Das weiß bis jetzt wohl noch niemand. Ich würde einfach einen sicheren Zaun herum ziehen, die Außenseiten grün anmalen, ein Wachhäuschen am Zaun einrichten, damit nicht irgend ein Irrer da rein kann und das

Ganze die nächsten hundert Jahre mal so stehen lassen. Vielleicht gibt es dann ein neue Technik, wie man das Zeug los wird.

Trotz aller dieser Gefahren werden wir immer älter. Wenn man das wenigstens in geistiger Frische und nicht bettlägerig erlebt, ist das ja wohl das, was sich jeder erhofft.

Den Horror schlechthin verbreitet zur Zeit die Überlegung, in ein Pflegeheim zu müssen. Da erwartet man ein schlimmes Siechtum ausgelöst durch Personal- und Geldmangel. Obwohl man doch mit den Tagesgeldern, welche dort abgerechnet werden, locker auch in ein gutes Hotel einziehen und sich täglich von einer Fachkraft pflegen lassen könnte. Auch für den häufigen Arztbesuch wäre wahrscheinlich noch Geld übrig.

Was ich vermute ist, dass ein großer Teil des Geldes in der Bürokratie hängen bleibt und gar nicht beim Patienten und auch nicht beim Personal ankommt.

Die Pflegekräfte in Heimen müssen hauptsächlich ihre Statistiken pflegen und erst in zweiter Linie kommen die Patienten dran. Der Herr Professor Lauterbach von der SPD will das ja schon lange ändern, geschafft hat er es bis heute (2013) noch nicht.

Doch, die Pflegeheime werden auf Qualität kontrolliert. Schön - für die Heimleitung - ist es , dass diese Kontrollen immer rechtzeitig vorher angekündigt werden. Dafür gibt es dann Qualitätsnoten. Und eine miserable Note bei der pflegerischen Versorgung kann man durch eine gute Bewertung des kulturellen Umfeldes oder anderen unwesentlichen Faktoren, wieder aufbessern.

Welche Geldsummen in unserem Gesundheitssystem verbraten werden, lässt sich nicht einmal annähernd schätzen.

Ich erinnere mich, dass es mal angefangen hat indem man jeden Bürger mit 20 Mark belastet hat, um die Not leidenden Krankenhäuser zu sanieren.

Jetzt gibt es die Fallpauschalen. Da kann man als Patient schon froh sein, dass man nicht mit der offenen Op-Wunde bereits entlassen wird.

Das Bürokratie-Monster „Praxisgebühr“ hat man zum Glück jetzt wieder abgeschafft, vermutlich ohne dass die Patienten jetzt Spaßes halber von einem Arzt zum andern hüpfen.

Ein Kapitel für sich ist die Pharmaindustrie.

Fraglos braucht die Pharmaindustrie viel Geld für die Entwicklung von Medikamenten. Sie bekommt aber zuviel. Hier in Deutschland müssen wir auch alle einen deutlich höheren Betrag für ein Medikament bezahlen, als das identische Produkt im Ausland kostet. Und manche Medikamente sind derart unverschämt teuer, dass es an Ausbeutung grenzt.

7 - Rechtssystem

Auf hoher See und vor Gericht ist man in Gottes Hand. Ein bekannter Spruch. Bei uns in Deutschland kann es aber sein, dass es soweit gar nicht kommt, weil man schon vorher an Altersschwäche gestorben ist.

Wie will man denn einen Rechtsstaat aufrecht erhalten, wenn man viel zu wenig Richter hat? Vielleicht sind es auch gar nicht zu wenig Richter, sondern die Aktenberge, welche die bei uns überall wütenden Bürokraten erzeugen, sind zu hoch, ich weiß es nicht. Was ich aber weiß, ist, dass sich jedes Gerichtsverfahren unendlich hinzieht. Das betrifft also nicht nur Zivilsachen sondern auch Strafprozesse. Ein Ladendieb, der ein Jahr nach der Tat dann schließlich verurteilt wird, hat wohl keinen Bezug mehr zu seiner Tat. Das betrifft insbesondere auch die vielen Körperverletzungen, mit welchen die Polizei dauernd beschäftigt ist. Und dann wird der Schläger, der einen Menschen fast zu Tode geprügelt und getrampelt hat, auch noch mit „Bewährung“ verurteilt und frei gelassen. Da kann ich die Polizei verstehen, dass sie keine Lust hat, in solchen Fällen einzugreifen.

Missetaten von Kleinkriminellen sollten generell zeitnah von den Gerichten abgearbeitet werden und dann auch auf einen Rechtszug danach begrenzt sein.

Keinen 2. Rechtszug für Behörden!

Vor einiger Zeit gab es im ARD-Magazin „Monitor“ (sollte übrigens immer von Politikern angesehen werden) einen Beitrag,

wie die Arbeitsverwaltung eine Verkäuferin dazu genötigt hat, eine Arbeitsstelle zum Stundenlohn von € 4,50 anzunehmen.

Erst nach einem Prozess von 2 Jahren (!), stellte das Landesarbeitsgericht fest, dass es einem Arbeitnehmer unzumutbar ist, einen solchen Dumpinglohn zu akzeptieren.

Erst daraufhin zeigte der zuständige Behördenleiter etwas Reue, allerdings sehr gedämpft.

Dieser Vorgang zeigt mal wieder, wie Behörden – speziell die Arbeitsverwaltung, aber auch andere - schamlos und unverfroren Druck auf Bürger ausüben. Das trifft besonders deshalb zu, weil sich Behörden oft mit einem Gerichtsurteil in erster Instanz nicht zufrieden geben, sondern – koste es den Steuerzahler was es wolle – versuchen, in zweiter Instanz doch noch ihre Fehlentscheidung bestätigt zu bekommen. Dieser Rechtszug wird sehr oft schon allein deswegen ausgenutzt, weil darauf spekuliert wird, dass dem Bürger vorher finanziell die Luft ausgeht.

Deswegen habe ich der zuständigen Ministerin (Justiz) folgende Fragen geschickt:

Halten Sie ein solches Verfahren für sozial vertretbar?

Wäre es nicht aus vielen Gründen besser, einer Behörde wäre der 2. Rechtszug nicht möglich? (Vielleicht mag es genau definierte Ausnahmefälle geben.) Wäre das nicht auch eine weitere Möglichkeit, die deutschen Gerichte zu entlasten? Würden Sie sich vielleicht bemühen, diese bestehende Regelung abzuschaffen?

Eine Antwort steht noch aus.

Der Fall Mollath.

Manchmal frage ich mich, ob ich tatsächlich in einem Rechtsstaat lebe.

Da hat man in Bayern einen unbescholtenen Bürger, der in einen Ehezwist mit seiner Frau verwickelt war, auf eben dieser Frau Betreiben hin, ihn für einen gemeingefährlichen Geisteskranken erklärt und für 7 Jahre in eine forensische Psychiatrie weggesperrt. Das Urteil wurde von einem Landgericht auf Grund von psychiatrischen Gutachten erstellt. Es hat sich herausgestellt, dass diese Gutachter den Betroffenen nie selbst gesehen hatten. Man hat angenommen, dass jemand, der seiner Ehefrau Geldwäsche im Bankauftrag vorwirft, wohl nicht ganz klar im Kopf sein müsse. Die Geldwäschewürfe wurden dann von der betroffenen Hypovereinsbank überprüft und bestätigt. Die zuständige Ministerin wollte als Aufsichtsbehörde trotz offensichtlicher Rechtsbeugung das Fehlurteil nicht anfechten. Erst als der Verurteilte die Medien und einen Anwalt einschaltete, wurde der Fall von einem Oberlandesgericht wieder aufgerollt und der Herr Mollath aus der Psychiatrie endlich entlassen. So kann's einem ergehen, wenn man in die Mühlen der Justiz gerät, die auch noch voreingenommen – um ein stärkeres Wort zu vermeiden, ist.

In diesem Zusammenhang ist ja auch der Fall des Herr Hoenes interessant. Der hat nun - nachdem er „Lunte gerochen“ hat, dass da womöglich eine CD mit Steuersündern unterwegs ist, schnell die Reißleine gezogen und eine Selbstanzeige beim Finanzamt gemacht. Obwohl Herr Hoenes und seine Bayern-Fans keinerlei Unrechtsbewusstsein für Steuerhinterziehung in Millionenhöhe

haben, kommt er wohl inzwischen – und das ist tatsächlich ein Fortschritt – nicht um eine gerichtliche Bewertung des Vorganges herum. Vor nicht allzu langer Zeit hätte man diese Geschichte wohl mit einem Gespräch auf Ministerpräsidenten-Ebene und einer ordentlichen Parteispende sang- und klanglos verschwinden lassen.

Der Ehrensold-beziehende ehemalige erste Mann im Staate, Wulff, hat auch ein Problem in der Vorteilnahme von nur 714 € ein Unrecht zu sehen. Natürlich sind in diesen Kreisen ein paar Hundert Euro kein nennenswerter Betrag.

Andererseits wird eine Verkäuferin des Diebstahls bezichtigt und rechtmäßig von ihrem Arbeitgeber rausgeschmissen, weil sie einen Pfandbon im Werte von ein paar Cent unterschlagen hat.

In diesem Kontext hält sich mein Mitleid mit Hoenes, Wulff und auch Zumwinkel und anderen Abstaubern in Grenzen.

Die CDU/CSU-Fraktion verhindert übrigens seit Jahren immer wieder ein Gesetz, um Bestechung von Abgeordneten in Deutschland strafbar zu machen. Das ist meines Wissens sonst nur noch in Mali und Saudi-Arabien erlaubt und wird auch von der EU seit langem angemahnt.

8 – Verkehr / Infrastruktur

Was wird aus unserem Straßennetz?

In Deutschland ist tatsächlich jedes kleine Dorf mit nutzbaren Straßen an seine Umwelt angebunden. Es ziehen Schnellverkehrswege kreuz und quer durchs Land und verbinden die großen Städte miteinander. Wir haben ein Eisenbahnnetz, so dicht wie kaum irgendwo anders. Weiterhin gibt es acht internationale Verkehrsflughäfen und jede Kleinstadt, die etwas auf sich hält, hat ebenfalls einen Flugplatz. Ergänzt wird das alles durch acht schiffbare Flüsse, quer verbunden durch künstliche Wasserwege. So und im Vergleich zu manchen anderen Ländern betrachtet, ist das eine optimale Verkehrsstruktur.

Wenn man aber mal genauer hinsieht, hat man den Eindruck, dass dieses Verkehrssystem langsam, aber sicher marode wird.

Zum Beispiel die Großstadt Mannheim, „Metropolregion“, in meiner unmittelbaren Nähe gelegen, hat zwar große Pläne, aber kein Geld, ihr inneres Straßennetz in Ordnung zu halten. Manche viel befahrenen Straßen sind eine Holperstrecke übelster Art. Man kommt auch bei den zuständigen Stellen nicht auf die Idee, dass es deutlich billiger wäre, eine Straße mit einem neuen glatten Belag zu versehen, als unendlich die immer wieder entstehenden Schlaglöcher zu flicken. Ich habe mir sagen lassen, dass dies kein Einzelfall ist.

Das liegt daran, dass dem Bund immer neue Verbesserungen einfallen, welche dann aber von den Kommunen gestemmt werden müssen.

Viel Geld ist in letzter Zeit über den „Soli“ an den Bund geflossen,

der diese seit den neunziger Jahren fließende Zusatzsteuer mit dem schönen Mäntelchen, der Solidarität mit dem brachliegenden Osten umhängt hat. Die Wirklichkeit sieht anders aus, wie aus dem Text des KARL-BRÄUER-INSTITUTs des Bundes der Steuerzahler e. V. hervorgeht. Ein Auszug:

„Ein großer Anteil an der Behauptung, der Solidaritätszuschlag sei an den sogenannten Aufbau Ost gekoppelt, liegt in der mehrdeutigen Benennung der Abgabe. Sie erweckt unter anderem den Eindruck, dass die Abgabe direkt dem Aufbau Ost diene. Die Bezeichnung der Finanzhilfen an die neuen Bundesländer als „Solidarpakt“ hat dieses Missverständnis kräftig befördert.

Richtig ist, dass der Solidaritätszuschlag im Zuge der einheitsbedingten Neuordnung der Finanzverfassung, insbesondere des Finanzausgleichs, geschaffen wurde. Indes stehen die Einnahmen aus der Ergänzungsabgabe Solidaritätszuschlag allein dem Bund zu. Die eingenommenen Mittel werden dem Haushalt zugeführt und unterliegen keinerlei Zweckbindung. Mit anderen Worten: Es gilt das sogenannte Nonaffektationsprinzip.“ Ende des Zitats.

Also obwohl viele Städte im Westen des Landes diese Hilfe dringender brauchen würden, kassiert sie der Bund und finanziert damit zum Beispiel unnötige Eurofighter und U-Boote.

Nicht allein die Straßen in den Städten sind in erbärmlichen Zustand, auch die Brücken im Lande werden immer hinfälliger.

Dazu meint 2013 der ADAC:

„Rund ein Drittel aller Brücken kann derzeit nur mit der Note "ausreichend" bewertet werden, der Zustand von weiteren 14 Prozent aller Überführungen gelte als "ungenügend".

Eine der Hauptursachen für den Verfall sei die extreme Zunahme des LKW-Verkehrs, für den die Brücken nicht bemessen waren. Zudem werde zu wenig für den Erhalt getan. So wurde im Zeitraum von 2001 bis 2009 weniger als die Hälfte der erforderlichen Finanzmittel in den Brückenerhalt investiert. Sollte der Sanierungsstau nicht abgebaut werden, sei mit weiteren Brückensperrungen zu rechnen. Bereits vor einigen Monaten musste die Rheinbrücke bei Leverkusen über die A 1 für mehrere Wochen wegen gravierender Bauschäden für Lkw gesperrt werden.

Die Finanzmittel für die Bundesfernstraßen werden trotz stabiler Einnahmen aus dem Straßenverkehr von über 53 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf 4,82 Milliarden Euro zurückgefahren. Damit liegen die Investitionen wieder auf dem niedrigen Niveau vor der Einführung der Lkw-Maut im Jahr 2005. Notwendig wäre ein Etat für die Fernstraßen von mindestens 7,5 Milliarden Euro pro Jahr. Hiervon müssten allein für den Brückenerhalt in den nächsten zehn bis 15 Jahren etwa 1,4 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Verkehrskultur.

Mit der Kultur unter Verkehrsteilnehmern ist es noch nicht so weit her. Wenn man sich mal umschaut, ist man schon froh, dass man sich wenigstens halbwegs darauf geeinigt hat, dass in Deutschland Rechtsverkehr vorherrschend ist. Das betrifft aber nicht etwa Radfahrer auf Radwegen. Da fährt man Weg sparend und wenn dann das Fahrziel irgendwo linker Hand liegt, bleibt man eben mal den Kilometer bis dahin links. In meiner Nachbarschaft hat es vor einiger Zeit einen Unfall mit zwei Radfahrergruppen gegeben, die einander auf einem schmalen Radweg entgegen gekommen sind.

Und zwar ist die eine Gruppe von einer Autobahnbrücke, über welche der Radweg verlief, abwärts gefahren (natürlich mit Tempo) die anderen wollten umgekehrt auf die Brücke rauf. Keiner aus den beiden Gruppen war bereit, Platz zu machen und es kam zum Frontal-Massenzusammenstoß. Resultat: Etliche Verletzte, teilweise schwer und ein Toter. Das danach dort zu sehende Holzkreuz mit Blümchen hebt auch nachträglich nicht das soziale Niveau der Beteiligten.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant, wie es mit der physikalischen Allgemeinbildung in unserem Volke aussieht. Noch 1980 hatten wir, übrigens bei weniger Verkehrsaufkommen, 13.770 Verkehrstote im Westen des damals noch geteilten Deutschland. Man konnte bei fast jedem Unfall eine schöne Glasspinne an der Windschutzscheibe sehen, falls diese noch vorhanden war, nämlich da, wo die Insassen mit dem Kopf an die Scheibe geknallt waren. Dennoch bedurfte es einer Strafvorschrift, bis sich dann mal mehr Leute im Auto anschnallten. Also nicht aus gewonnener Erkenntnis heraus, sondern weil Strafe droht! Ich erinnere mich an lange Stammtischdebatten, ob der Gurt nicht verhindere, das Wrack zu verlassen, wenn es denn brenne. Dass man aus dem Auto auch nicht mehr herauskommt, wenn man bewusstlos ist, war kein schlagendes Argument. Ich glaube, dieser ganze Vorgang ist bezeichnend für uns Deutsche.

Inzwischen haben sich die Leute dann doch angeschnallt, wodurch die tödlichen Unfälle auf 3.724 (2011) zurückgegangen sind. Heute allerdings muss man wieder feststellen, dass immer mehr Leute sich wieder nicht mit Rückhaltegurten sichern – wahrscheinlich weil sie meinen, dass jetzt die Autos jeden Stoß auffangen.

Zurück zu der Radler-Massenkarambolage.

Was ist nur los mit unserer Volksgemeinschaft? Ist sich denn kaum noch jemand bewusst, dass man mit rücksichtslosem Egoismus nicht zusammenleben kann?

Ganz allgemein

- habe ich den Eindruck, dass die Verkehrsregeln (und nicht nur die!) nur dann eingehalten werden, wenn eine Überwachungskamera oder ein Polizeifahrzeug in der Nähe ist
- ist nur noch selten damit zu rechnen, dass jemand Zeichen gibt, wenn er abbiegen oder die Spur wechseln will
- wird so auf dem Gehweg geparkt, dass die Mutter ihren Kinderwagen oder die Oma ihren Rollator, über die Fahrbahn schieben muss.
- wird an einer Stoppstelle nicht gehalten
- wird in der Fußgängerzone viel zu schnell gefahren und natürlich auch geparkt
- wird auf Autobahnen (und nicht nur da) zu wenig Abstand zum Vordermann gehalten

Und dann gibt es auf den Straßen noch eine Menge Typen mit einem zu hohen Testosteronspiegel. Die erkennt man schon von weitem daran, dass sich die Türen ihrer entsprechend dem Niveau tiefer gelegten Schüssel rhythmisch nach außen biegen. Die müssen insbesondere bei Nacht, unbedingt jedermann verkünden, dass er, "Lonesome Wulf Harry", ein ganzes Monatsgehalt für eine 500 Watt-Dröhne ausgegeben hat, um die ach, so melodischen Töne seines Lieblings-Rappers, allen Anwohnern nahe zu bringen.

Eine beeindruckende Turnerfigur ist zu empfehlen, sollte man so einem Burschen mal die Meinung sagen wollen, weil sich dessen verbale Kompetenz wohl in Grenzen halten dürfte.

Ähnlich gestrickt sind die Inhaber von gewissen Motorrädern, der Harley zum Beispiel. Ich frage mich, was die alles wieder in den Auspuff einbauen müssen, wenn sie zum TÜV fahren.

Aber auch andere Verkehrsteilnehmer können sich nach Fehlern keineswegs mehr gegenüber dem Mitmenschen entschuldigen, sondern werden regelmäßig aggressiv.

Es ist schon so, die Kulturstufe welche notwendig ist, um freundlich und rücksichtsvoll miteinander umzugehen, haben wir noch lange nicht erreicht. Und bis es so weit ist, brauchen wir ausreichend Kontrolle und wirkungsvolle Sanktionen bei Verfehlungen.

Fraglos ist es ein Armutszeugnis, wenn man danach rufen muss. Aber ich glaube, es geht kaum anders. Wenn mehr Polizei natürlich auch mehr Geld kostet, sollte sie sich dieses Geld durch "No tolerance" eben verdienen.

Muss Mobilität teuer sein?

Immer wieder drehen unbedarfte Politiker an der Steuerschraube für Kraftfahrzeuge herum. Als ob es nicht schon teuer genug wäre. Zur Zeit ist eine Besteuerung nach CO²-Ausstoß im Gespräch.

Mal abgesehen davon, dass es in anderen Ländern nicht wie bei uns eine Besteuerung für ein stehendes Kraftfahrzeug gibt – also eine „Garagenbesteuerung“, ist dieser Ansatz nicht besonders intelligent, dafür aber besonders unsozial. Denn wer sich kein modernes Auto leisten kann, muss kräftig löhnen und braucht sich

auch nicht einzubilden, durch Verkauf seines doch noch so schönen Autos mit einem blauen Auge davon zu kommen.

Die reichlich unverfrorene Steuer auf dem Sprit betrifft auch Leute, die gar kein Auto mehr haben und den Bus benutzen, der seinerseits keineswegs steuerbefreit ist. Es wird auch immer von Politikern angeführt, dass im benachbarten Ausland das Benzin ebenfalls so teuer sei (was übrigens auch oft nicht zutrifft) wie bei uns. Da wird regelmäßig die Garagensteuer unterschlagen, die es dort nicht gibt.

Wenn es denn schon nicht anders geht, hätte ich da einen anderen Vorschlag:

Geringe Steuer für Autos bis 100 PS. Das reicht ja, um ordentlich fahren zu können und die Industrie könnte sich leichtere Bauweisen einfallen lassen, dann lief's schneller und weniger Sprit brauchen die auch.

Hohe Steuern für Autos von 101-200 PS und richtig heftige Steuern über 200 PS. Denn wer das braucht, kann auch löhnen.

Abwehr der Ölmulti-Abzocke.

Als ob wir es nicht alle schon gewusst hätten: mit der Anpassung nach oben aufgrund gestiegener Rohölpreise sind die Ölmultis ganz besonders schnell. Fällt aber der Preis an den Rohstoffbörsen, dann setzt sich das erstaunlicherweise nur ganz, ganz langsam an den Tankstellenpreisen durch, wenn überhaupt.

Es ist doch ganz klar, dass die Treibstoffgesellschaften ihr Marktmonopol schamlos ausnutzen. Eine Preisregulierung durch den Markt kann nur erfolgen, wenn es auch Wettbewerb gibt. Die dafür allein in Frage kommenden freien Tankstellen sind größtenteils schon längst verschwunden, was wir Kraftfahrer nicht

zuletzt auch selbst schuld sind. Hätten wir halt mehr bei den Freien getankt.

Wie können wir uns nun wehren gegen diese konzertierte Abzocke der Multis? Ich hätte da eine Idee: Sind nicht mehr als 14 Millionen von uns Mitglied beim ADAC? Da sollten wir den Vorstand mal gehörig unter Druck setzen, dass wir unsere geballte Kundenmacht endlich mal einsetzen. Zum Beispiel sollte der ADAC sagen: Weil die Gesellschaft Aral nicht den gesunkenen Ölpreis an uns Kraftfahrer weitergibt, werden alle ADAC-Mitglieder in der 39. Woche nicht bei Aral tanken. Und in der nächsten Woche machen wir dasselbe mit Esso. Da wollen wir doch mal sehen, ob das nicht wirkt. Sind nun alle nur im ADAC, um eine Landkarte als Jahresgabe zu bekommen und um im Notfall abgeschleppt zu werden? Ich meine, Kraftfahrer sind in diesem Verein, um ihre Interessen durchzusetzen. Setzen Sie sich also mal kurz hin und schreiben dem ADAC-Vorstand eine E-Mail.

Unsere Eisenbahn - ein Kleinod ?

Eins steht fest: Wenn wir sie nicht schon hätten, heute könnte man diese Bahn nicht mehr errichten. Denn jeder ist ja froh, dass es eine Bahn gibt – solange sie nicht etwa durch sein eigenes Grundstück fahren möchte. Denn dann würde er dagegen klagen, notfalls bis zum BGH. Ich weiß nicht, wie das zu damaliger Zeit überhaupt geschafft wurde, möglicherweise hatten die Bürger früher ein deutlich größeres Nationalbewusstsein. Das Deutsch-Nationale hat seit Adolfs Glorreichen Zeiten sowieso einen bitteren Nachgeschmack. Dennoch wäre etwas mehr Bürgersinn (neudeutsch: Citizenship) oftmals wirklich angebracht. Eigentlich

bräuchten wir einige große Verbindungslinien für den Gütertransport., denn Deutschland ist das europäische Transferland schlechthin. Dazu ein oder zwei Knotenbahnhöfe auch nur für Güter, also ganz ohne Bahnhofshalle und Wartesaal. Eine Linie müsste von Bremerhaven (dem Tiefwasserhafen für die ganz großen Containerschiffe) ausgehend nach Süden zu einem nördlichen Knotenpunkt und eine von Aachen als Verbindung der Beneluxländer dorthin. Von diesem nördlichen Knotenbahnhof muss dann eine Verbindungslinie zu dem zweiten, südlichen Knoten verlaufen und dann braucht es natürlich auch eine Verbindung nach Osten, also Berlin und weiter nach Polen, dem Baltikum und Russland. Der südliche Knoten müsste dann Anschlüsse von Westen her haben, also Spanien und Frankreich sowie Weiterführungen vom Nordknoten nach Süden und nach Osten, hier also München und Wien sowie den Balkan . Eine andere Strecke führt über die Schweiz und von dort nach Italien. Das wäre mal was für einen charismatischen Politiker, das als nationale Aufgabe dem Deutschen zu verkaufen. Hinzu käme auch noch eine andere Art Güterwaggon: Nicht mehr die alten, lauten Waggons von vorgestern, sondern Hochgeschwindigkeitsmodelle, die so leise laufen wie ICEs, das wäre eine schöne, nachhaltige Industrieentwicklung. Die Gleise wären entsprechend angepasst in Richtung Schnell. Das wäre mal was, das unsere Autobahnen auch stark entlasten würde. Ist denn keiner da, der sich mit dieser Aufgabe wirklich unsterblich machen möchte?

So wie es jetzt aussieht wird die Bundesbahn von den Speditionen nicht gerne genutzt, denn sie ist langsam und teuer.

Vor langen Jahren habe ich mal in den USA mit der Eisenbahn (AMTRAK) eine längere Reise gemacht. In Amerika fahren hauptsächlich die Leute mit dem Zug, die Angst vor dem Fliegen haben. Dabei war schon damals der Zug viel gefährlicher, denn es gibt dort kaum beschränkte Bahnübergänge. Damals wurden die Verspätungen der Züge, es waren fast alle, mit gleich blumigen Entschuldigungen wie deren Namen ausgerufen: „The Blossom-Star-Express from Washington to Atlanta today has about unexpected circumstances three hours delay, we are so sorry!“ Ich sagte damals dem Zugmanager, als er mich fragte, ob alles ok sei: Wenn man in Deutschland 1 Minute zu spät kommt, ist der Zug weg! Heute hat die Deutsche Bahn den US-Standard längst erreicht, wenn nicht gar übertroffen.

Züge fahren nicht nur verspätet ein oder aus, sondern werden gar unterwegs stillgelegt „Bitte alles aussteigen, der Zug endet hier! Was mir schon drei Mal passiert ist. Das ist die bahninterne Rettung für verspätete Zugpaare, wenn die Verspätung nicht mehr einzuholen ist. In Frankfurt HBF habe ich auch schon erlebt, dass der letzte Zug nicht weg fuhr, weil kein Lokführer dafür eingeteilt war. Nach einer $\frac{3}{4}$ Stunde kam dann ein Ersatzmann, der recht schläfrig auf die verwaiste Lok zu latschte.

Wem haben wir denn diese verlotterte Bahn zu verdanken? Hauptsächlich den Politikern, welche die Bahn an die Börse bringen wollen und deren willigen Managern (Herrn Mehdorn zum Beispiel). Die Börse will sie aber nur, wenn sie denn Gewinn einbringt. Welche Methoden zur Gewinnmaximierung fallen solchen Leuten dann ein? Richtig, Personal einsparen. Natürlich „sozialverträglich“. Da wird dann keiner entlassen aber wenn jemand aus Altersgründen geht, wird dessen Arbeitspensum den Verbliebenen aufgebürdet: Hatte also die Arbeit des

Ausgeschiedenen eigentlich keinen Wert? Doch hatte sie wohl, deshalb fehlt sie jetzt. Deshalb fehlt es der Bahn überall, manchmal so sehr, dass ein Hauptbahnhof stillgelegt werden muss, wie heuer in Mainz geschehen.

Außerdem engagiert sich die Bahn noch in Dubai oder sonst wo in der Welt. 2012 hatte die Bahn 194000 Mitarbeiter im Inland und 106000 im Ausland. Ein Drittel der Arbeitskräfte im Ausland! Eigentlich will der Deutsche eine gut funktionierende Bahn im Inland. Das ist ein Staatsunternehmen, was zwar möglichst schwarze Zahlen erwirtschaften muss, aber keinen Gewinn abzuwerfen braucht.

Haben Sie schon mal versucht, bei der Bahn eine Reklamation los zu werden und dafür einen lebenden Menschen ans Telefon zu bekommen, der womöglich dafür auch noch zuständig ist? Nehmen Sie sich für den Tag sonst nichts vor.

Der Passagier, hat man den Eindruck, ist für die Bahn nur ein Störfaktor. Sie ist mit sich selbst ausreichend beschäftigt. Das betrifft bereits die Planung der Technik. In letzter Zeit hat die Bahn den Triebzug Typ „425“ in großen Mengen beschafft. Dieses Ding ist ein Armutzeugnis für die Entwicklungsingenieure und eigentlich nicht für Menschen gebaut. Es wird aus Modulen zusammengesetzt, welche eine Länge von zwei Metern haben. Dadurch ergibt sich, dass die Sitze zu steile Rückenlehnen haben und nicht für menschliche Skelette geeignet sind. Ich habe deshalb beim zuständigen Management nachgefragt und als Antwort bekommen: Wenn wir die Lehnen bequemer gemacht hätten, wären deutlich weniger Sitze möglich gewesen. Was ist Ihnen lieber: Unbequem zu sitzen oder bequem zu stehen?“

Was mir lieber wäre? Wenn die Gier weniger Gehirn auffressen würde. Denn wenn man die Module um 25 cm breiter gemacht hätte, wären sehr bequeme Sitze möglich gewesen, wenn dadurch auch der Zug etwas länger und teurer geworden wäre. Dann hätte man vielleicht eher in Kauf genommen, dass die Motoren in den Passagierraum hineinragen, dass keine Armlehnen und Sonnenschutzjalousien vorhanden sind. Nun könnte man mit diesem Zug schon leben, weil er wirklich sehr gut beschleunigt, wenn er nur für Kurzstrecken eingesetzt würde. Aber hier in der Metropolregion Mannheim fährt er als S-Bahn zwischen Osterburken und Kaiserslautern. Oder auch von Mannheim bis Stuttgart, also weit über 100 Kilometer. Dafür ist aber die Kiste zu unbequem und dann noch diese Preise.

Die Preise sind auch ein besonderes Kapitel bei der Bahn. Eins ist anscheinend unvermeidlich: beim Fahrplanwechsel im Dezember werden die Preise erhöht. Obwohl doch wegen der hoch besteuerten Treibstoffe immer mehr Leute auf die Bahn umsteigen. Mehr Passagiere bringen doch mehr Geld – es könnte also billiger werden. Es gibt zwar einige günstige Angebote, die Ländertickets zum Beispiel, dafür aber auch völlig unverständliche Preisdifferenzen. So kostet es von Germersheim nach Rastatt 12,50 € und von Rastatt nach Germersheim 6,30 €. Warum das? Weil der Verkehrsverbund Karlsruhe mit dem niederen Preis zufrieden ist. Ausländische Reisende – und nicht nur die – fahren bestimmt sehr oft überteuert und würden die gleiche Strecken deutlich billiger bekommen, wenn sie denn das Preissystem durchschauen würden. Aber das können selbst Leute nicht, welche damit befasst sind.

Abschließend noch ein Hinweis für die politische Steuerung der Bahn: In Norwegen zahlen Leute über 67 nur noch den halben Preis auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln.

Mit dem Flugverkehr ist es wie mit dem Ausbau von Straßen oder Stromtrassen. Jeder will Flugzeuge nutzen, aber niemand will einen Flugplatz in der Nähe. Kleinflugzeuge werden als Millionärsspielzeug abgetan. Mir persönlich ist aber ein Flugkapitän meines Reisefligers lieber, wenn dieser auch mal Segelfliegen gelernt hat. Vor etlichen Jahren hat man den von Haus aus teureren Sprit für Kleinflugzeuge auch noch besteuert. Das kommt daher, dass die breite Öffentlichkeit meist nur von den Medien über den Luftverkehr in unserem Land unterrichtet wird. Journalisten nennen das Superbenzin für Flugmotoren grundsätzlich „Kerosin“ und alles was Strahltriebwerke hat, einen „Düsenjet“ übersetzt also eine „Düsendüse“ und Geschäftsreiseflüge im Preisbereich von mehreren Millionen Euro ein Sportflugzeug.

Weil damals zwischen dem Geschäftsflieger Franz-Josef Strauß und der FDP ein Wahlkrieg stattfand und der Strauß sich für den Erhalt der Steuerfreiheit für Kleinflugzeuge einsetzte, zog die FDP ihre Trumpfkarte, den Sozialneid. Mit dem Erfolg der Besteuerung des Flugbenzins – nicht etwa des Kerosins für die Ferienflieger. Das ist bis heute steuerfrei. Zur Information: der Hintergrund der Steuerfreiheit ist die Grenzenfreiheit des Meeres, auch des Luftmeeres. Die „Luftstraßen“ also die Flugsicherung, kosten unser Land kein Geld, sie werden von der Fliegerei selbst finanziert.

Die Spätfolgen der Besteuerung sieht man heute. Sportfliegen ist nun tatsächlich nur noch Leuten mit gehobenem Einkommen

möglich. Selbst bei denen führen exorbitant hohe Flugstundenpreise zu eigentlich zu wenig Flugstunden, also geringerer Sicherheit. Fluggerät unterliegt intensiver Wartung, welche hauptsächlich Betriebszeit bezogen ist, deshalb sind Werkstätten weniger ausgelastet und haben oft hoch qualifiziertes Personal entlassen müssen. Hersteller von Luftfahrzeugen gibt es kaum noch in Deutschland. Flugsportvereine sterben wegen Mitgliedermangel aus. Die Neidsteuer kostet übrigens mehr an Bürokratie, als sie einbringt. Wir waren einmal eine Luftfahrt begeisterte Nation, was sind wir heute?

Der Vollständigkeit halber möchte ich auch noch das Segelflugzeug erwähnen. Umweltfreundlicher geht es gar nicht mehr, denn das Segelflugzeug fliegt mit den Aufwinden der Luft. Allerdings muss es auch in die Luft kommen und den Gummiseilstart gibt es seit 80 Jahren nicht mehr. Heute braucht man dafür entweder eine Seilwinde mit starkem Motor oder ein Schleppflugzeug. Beide unterliegen der Neidsteuer. Segelflugzeugbau ist hightech schlechthin. Es gibt auch noch deutsche Firmen dafür, welche aber in Tschechien oder sonst wo im Osten produzieren lassen.

Auch mit dem Schiffsverkehr hat unsere Nation seit Bundeskanzler Kohl etliche Probleme. Damals wurde nämlich den deutschen Reedern die „Ausflagging“ erlaubt.

Auch wenn die Ausflagging deutscher Schiffe gängige Praxis ist, so heißt dies nicht, dass sie damit auch legal ist. Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen sieht vor, dass jedes Schiff in dem Staat registriert ist, von dessen Hoheitsgebiet aus es betrieben wird. Sogar das deutsche Grundgesetz legt in

Artikel 27 fest, dass deutsche Handelsschiffe eine einheitliche Handelsflotte bilden, die der deutschen Rechtsprechung untersteht. Um die offensichtliche Verletzung des Seevölkerrechts zu umgehen, nutzen die Reeder mit tatkräftiger Unterstützung des Bundesverkehrsministeriums eine Gesetzeslücke. §7 des Flaggenrechtsgesetzes gestattet eine auf maximal zwei Jahre befristete Ausflagung, wenn das Schiff an einen ausländischen Betreiber verliehen wird. Diese "Bareboat-Charter" sieht jedoch eigentlich vor, dass das Schiff auch de facto vom Hoheitsgebiet des neuen Flaggenstaates aus betrieben wird. In der Praxis wird das Schiff aber stets an eine Tochter der deutschen Reederei zurückverchartert.

Warum ist das nun so? Ist doch klar: Um den Reedern die unangenehmen deutschen Arbeitsrechtvorschriften, welche auch auf deutschen Schiffen gelten, zu ersparen. Und natürlich sind Seeleute von den Fidschi-Inseln deutlich billiger zu haben als deutsche Seebären. Wenn sich dann auch die Schiffsführung kaum mit der Mannschaft verständigen kann.

9 – Beamte

Ein Beamter in Deutschland steht gegenüber seinem Dienstherrn in einem besonderen öffentlichen Dienst- und Treueverhältnis. Hauptaufgabe der Beamten ist die unparteiische Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben, die aus Gründen der Sicherung des Staates oder des öffentlichen Lebens nicht ausschließlich Personen, welche in einem privaten Anstellungsverhältnis stehen, übertragen werden dürfen.

Ob nun ein Lehrer hoheitliche Aufgaben wahrnimmt und zur Sicherung des Staates beiträgt, wage ich zu bezweifeln. Im übertragenen Sinne ist natürlich die Sicherheit des Staates auch in Gefahr, wenn der Bürger dumm wie Bohnenstroh ist. Natürlich ist mir bekannt, dass in letzter Zeit Grund- und Volksschullehrer im Angestelltenverhältnis sind. Bei höheren Schulen trifft das wohl nach wie vor nicht zu.

Auch der Lokomotivführer wird seiner Verantwortung für die ihm anvertrauten Passagiere wohl sicherlich auch dann gerecht, wenn er keinen Beamtenstatus hat. Das waren ja früher auch alles Beamte, erstaunlicherweise jedoch die Schiffs- und Flugkapitäne niemals.

Natürlich ist eine hohe Durchsetzung der Bürgerschaft mit Beamten dem Staat sehr willkommen. Und die Beamentreue lässt er sich auch was kosten.

Ich habe allerdings den Eindruck, dass diese Kosten, besonders für die vielen früheren Beamten, jetzt also Pensionäre, dem Staat noch gehörige Probleme machen werden.

Meiner Meinung nach braucht man nur dort Beamte, wo Korruption sich besonders schlimm auswirken würde: also bei der Polizei und den Finanzbehörden. Viele sonstige Ämter könnte man mit normalen Angestellten betreiben, bei manchen würde es genügen, wenn nur der Amtsleiter ein Beamter ist. Schließlich hat auch ein Angestellter gegenüber seinem Dienstherrn eine Verpflichtung zur Treue und muss mit schmerzhaften Sanktionen rechnen, wenn er unloyal ist.

Außerdem gibt es ja noch das Strafrecht.

Schön ist es wohl schon, ein Beamter zu sein. Da kann einem ja nichts passieren, wenn man nicht gerade Silberne Löffel klaut. Und auch die automatische Höherstufung in den Bezügen ist nicht an Weiterbildung oder Wirkungsgrad der Arbeit gekoppelt.

Viele Beamte neigen auch zu vorauseilendem Gehorsam, was beim betroffenen Bürger meist nicht so gut ankommt.

Ich habe auch darüber nachgedacht, ob man einen Beamten, der fahrlässig oder aus Untätigkeit einen Schaden verursacht, strafrechtlich belangen sollte. Das wäre vermutlich sehr unproduktiv, weil Beamte ja von Haus nicht unbedingt für mutige Entscheidungen bekannt sind und dann ging wohl oft gar nichts mehr.

Kennen Sie das Parkinson'sche Gesetz? Nein? Das hat gar nichts mit der gleichnamigen Schüttellähmung zu tun, sondern mit Bürokratie. Ich möchte hier mal anführen, was Wikipedia darüber weiß:

Am bekanntesten ist das **Parkinson'sche Gesetz** zum Bürokratiewachstum, erstmals veröffentlicht 1955 Es lautet:

„Arbeit dehnt sich in genau dem Maß aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht.“

– und nicht in dem Maß, wie komplex sie tatsächlich ist. Als Beispiel wird eine ältere Dame angeführt, die einen halben Tag dafür braucht, ihrer Nichte eine Postkarte zu schicken (Postkartenauswahl, Brillen- und Adressensuche, Textverfassung, Entscheidung, ob für den Weg zum Briefkasten ein Schirm mitzunehmen ist). Den Kontrast bildet der vielbeschäftigte Mann, der die gleiche Aufgabe in drei Minuten an seinem Schreibtisch erledigt.

Als motivierende Tendenz gibt Parkinson zwei weitere Lehrsätze an, die in vielen Büros der Welt Gültigkeit haben:

1. Jeder Angestellte wünscht die Zahl seiner Untergebenen, nicht jedoch die Zahl seiner Rivalen zu vergrößern.
2. Angestellte schaffen sich gegenseitig Arbeit.

Parkinson erläuterte dies am Beispiel der Königlich-Britischen Marine aus dem Jahr 1930 sowie der Beamtenzahl im britischen Kolonialministerium. Danach entwickelt sich der Angestelltenstab in jeder Verwaltung nach der Formel:

$$x = \frac{2k^m + L}{n}$$

Dabei ist k die Zahl der Angestellten, die Beförderung anstreben, indem sie neue Untergebene einstellen; m die Anzahl der Arbeitsstunden pro Person, die der Anfertigung von Memoranden im internen Büroverkehr dienen; L ist die Differenz zwischen dem Alter der Einstellung und dem Alter der Pensionierung und n die Zahl der Verwaltungseinheiten, die vom Personal des Büros

tatsächlich erledigt werden. x ist die Zahl der neuen Angestellten, die von Jahr zu Jahr angeheuert werden müssen.

Nach Parkinson beträgt die jährliche Zunahme des Personals ohne Rücksicht auf die Variationen der Arbeitsmenge zwischen 5,2 % und 6,6 %. Er geht sogar so weit zu behaupten, dass die Kernaufgaben auch ganz wegfallen könnten, ohne dass die Verwaltung deshalb schrumpfen würde.

Parkinson formulierte dies in den 1950er-Jahren. In modernen Verwaltungen wurden neue Begriffe eingeführt, wie z. B. Controlling, Neue Steuerungsmodelle, betriebswirtschaftliche Kennzahlen usw. Dabei steigt oft der Anteil des Personals in diesen Arbeitsbereichen, während für die eigentlichen Kernaufgaben das Personal stagniert oder gar sinkt.

Und in manchen Ämtern trifft auch dies hier zu: (Zitat)

„Die auf einen Tagesordnungspunkt verwendete Zeit ist umgekehrt proportional zu den jeweiligen Kosten.“

Parkinson schildert die Sitzung eines Finanzausschusses, in der es um die Bewilligung der Gelder für einen Atomreaktor (10 Mio. \$, Diskussionsdauer 2 ½ Minuten), einen Fahrradunterstand (2.350 \$, 45 Minuten) und Kaffee für die Sitzungen eines anderen Ausschusses (monatlich 4,75 \$, 5 ¼ Stunden) geht.

Das bedeutet, in Diskussionen werden die einfachsten Themen am ausführlichsten diskutiert, weil davon die meisten Teilnehmer etwas verstehen – und nicht die Themen, die am wichtigsten sind. Inkompetenz in wichtigen Sachfragen wird durch ausführliche Wortmeldungen zu trivialen Punkten kompensiert, wodurch es

immer wieder zu verheerenden Fehlentscheidungen und Fehlallokation von Ressourcen komme.

(Wie kommt es nur, wenn mir an diesem Punkt politische Debatten einfallen?)

Interessant ist auch, ab welcher Mitgliederzahl Direktionen oder Gremien handlungsunfähig werden:

Die *Komitologie* (Ausschusslehre) begründet die Mitgliederzahl, ab der die völlige Geschäftsunfähigkeit erreicht wird (*Unfähigkeits-* oder **Ineffizienz-Koeffizient**; nach Parkinson 20 oder 21 Personen).

Der Staat (und im Vollzug also die Beamten) vermutet, dass ihn jeder Bürger betrügen will. Das ist also die totale Umkehrung der Unschuldsvermutung für kriminelle Verdächtige. Daraus resultieren dann unglaubliche Verwaltungsvorgänge um Minimalbeträge, also beispielsweise mehrere Schreiben um einem HartzIV Empfänger (für manche rechtslastige Zeitgenossen sowieso alles Schmarotzer in spätrömischer Dekadenz) zuerst € 1,06 an Renten“erhöhung“ als Bescheid mitzuteilen, woraufhin ein weiterer Bescheid ergeht, dass die HartzV-Hilfe um gerade diesen Betrag wieder gekürzt werden muss.

Mein Vorschlag wäre, dass der Staat, wenn denn ein Betrag von unter 5 € aus welchen Gründen auch immer an einen Bürger bezahlt werden muss, dieses einfach so geschieht – auf die Gefahr hin, dass diese Zahlung gelegentlich erschlichen wird.

Immer wieder versprechen uns Politiker einen „Bürokratieabbau“. Geschehen tut nichts. Ist auch kein Wunden, denn laut Parkinson haben Verwaltungen nicht das geringste Interesse daran. Logisch, wer sägt schon gern den Ast ab, auf dem er selbst sitzt?

Alles was der Staat an Lehrern einspart, muss er für Polizei wieder ausgeben.

Polizeialtag und Bewaffnung

Wir sehen alle zuviel US-Krimis in unseren von Kreativität übersprudelnden Fernsehprogrammen. Den mit heulenden Sirenen und Reifen durch unendlich triste Down-Towns rasenden Streifenwagen schauen wir uns selbst in der 3. Wiederholung noch an, wahrscheinlich nur um festzustellen, dass die Straßenlage des BMWs von ISAR-1 immer noch mehrfach besser ist.

In Wirklichkeit haben die Amerikaner schon längst vor ihrer Kriminalität resigniert. Nur Gott (oder ein kräftiger "Body Guard" mit dickem Ballermann) kann Sie bei einem nächtlichen Spaziergang in Nebenstraßen amerikanischer Großstädte vor dem sicher eintreffenden Überfall schützen. In manchen Gegenden ist man auch am hell lichten Tage nicht mehr sicher.

Diese Extreme stehen uns zwar noch bevor - aber wir sind auf dem besten Wege dahin. Die Beschaffungskriminalität der Drogenszene und die zunehmende allgemeine Armut angesichts überquellender Schaufenster wird uns schon bald auch auf diesem Gebiet auf US-Niveau bringen.

Zumal die chronisch unterbesetzte und unterbezahlte Polizei schon jetzt überfordert ist. Man muss sich sowieso fragen, was einen Polizeiobermeister angesichts seiner Gehaltsabrechnung (mal erfragen!) noch motiviert, sein Leben und Gesundheit für die Sicherheit einer Gesellschaft aufs Spiel zu setzen, die einen Banklehrling im dritten Lehrjahr fast besser entlohnt.

Vielleicht stellt man da in den Haushaltsgremien einmal Überlegungen an, was zur Zeit für die Sicherheit der Bürger

wichtiger ist: ein neues Jagdflugzeug (Der Eurofighter kann noch um 100m engere Kurvenradien fliegen als sein nächster Wettbewerber!) oder vielleicht eine ausreichend und angemessen bezahlte, und schon dadurch allmählich aus ihrer Personalnot herauskommende Polizei?

Aber nicht das alleine erleichtert den kleinen und großen Ganoven die "Arbeit". Da braucht es doch wirklich kaum noch Mut - geschweige denn Intelligenz - um heute einen Überfall oder Einbruch durchzuführen. Zunächst hört man mal in den Polizeifunk rein. Dazu benötigt man zwar ein verbotenes Radio, aber das lässt sich "nur für den Export" in jedem Laden kaufen. (Meist ist kein Geld da für abhörsichere Funkgeräte) So, damit weiß man ja ungefähr, was die örtliche Polizei gerade so überwiegend tut. Und dann muss man ein wenig die Augen offen halten, selbst wenn der Streifenwagen nicht mit Tatü-tata kommt, das Blaulicht sieht man allemal rechtzeitig, um sich noch abzusetzen; auch wenn nicht eingeschaltet, ist es doch schön markant. (Neuerdings soll das Blaulicht auch noch durch Rotlicht und eine Sirene ergänzt werden – wirklich enorm wichtige Anschaffungen!)

Sollte ich einmal Bürgermeister und damit Ortspolizeichef werden, was ich allerdings für recht unwahrscheinlich halte, würde ich die Polizei sofort mit neuen Einsatzfahrzeugen ausrüsten. Audi A6 mit Allradantrieb? Nein, ganz im Gegenteil: Sportrad mit 21 Gängen und Batterielicht. Und da würde ich - selbst wenn es regnet - immer einige Doppelstreifen unterwegs haben. Die sind nämlich lautlos, blitzschnell da und das ideale Gerät, um auch in die finstersten Winkel und dunkelsten Parkecken zu kommen - und

zwar unbemerkt! Auch die Verfolgung des "zu Fuß flüchtenden Täters" dürfte damit aussichtsreicher sein, als mit dem Hubschrauber über der Innenstadt zu kreisen.

Ein Wahnwitz, der oft Polizeistrategie ist.

Ein anderes Kapitel ist der Bankraub mit Geiselnahme. Wir alle sind da ja potentiell gefährdet, denn wer ist nicht öfter mal im Schalterraum einer Bank. Nachdem dort die Kassen nicht mehr offen daliegen, wird das Geld durch Geiselnahme erpresst.

Und dann geht der Horror los. Wenn ich als Bankkunde Glück habe, gibt der Kassier die Kohlen raus, habe ich Pech, drückt er auf die Alarmanlage. Dann heult die Sirene los und der Räuber haut ab - vielleicht stoppt aber schon der Streifenwagen vor der Tür. Woraufhin der Räuber auch die Kunden als Geiseln nimmt. Dann kommt immer das gleiche böse Spiel. Der Gangster verlangt 1 Million und ein schnelles Fluchtauto, die Polizei erscheint mit großem Aufgebot, sperrt das Viertel ab, es turnen maskierte Leute vom MEK, dem Mobilen Einsatzkommando, mit Scharfschützengewehren auf den Dächern rum und den armen Bankkunden trifft dann, am zweiten Tag, wenn er mit dem Räuber zusammen das Haus verlässt, der "Finale Rettungsschuss". Versehentlich, versteht sich, leider hat der Räuber gerade, als der Beamte abdrückte, eine unvorhersehbare Bewegung gemacht.

Das ist schon irrwitzig. Schon das Risiko, dass für den Mammon der XY-Bank ein Mensch das Leben lassen muss, oder schlimmer fast, zum Krüppel geschossen wird, ist nicht zu akzeptieren. Es steht in keinem Verhältnis zum finanziellen Verlust. Ohne jetzt dem potentiellen Bankräuber das "Handwerk" erleichtern zu

wollen: es ist unverantwortlich vom Bankpersonal, in Anwesenheit von Bankräubern, bevor diese den Schalterraum verlassen haben, die Alarmanlage zu betätigen. So viel kann gar nicht in der Kasse sein, um das daraufhin ablaufende Szenario zu rechtfertigen.

Die Polizei ist mit dieser Situation der Geiselnahme im Bankgebäude auch überfordert. Schließlich kann sie sich nicht einfach runddrehen, und nach Hause gehen. Es bleibt also das Risiko, dass der unbeteiligte Bürger erschossen wird.

Wild-West in Wanne-Eickel.

Es gäbe natürlich Abhilfe. Das Problem liegt nämlich an der völlig falschen Bewaffnung der Polizei. Unsere Polizei ist für eine kriegerische Auseinandersetzung bewaffnet, aber nicht für diffizilen Einsatz zwischen lauter unbeteiligten Zivilisten. Maschinenpistolen im Bahnhofsgebäude oder bei der Verkehrskontrolle. Jeder der einmal beim Bund war, weiß wie schnell die UZI versehentlich losgeht. Und im wirklichen Ernstfall, wenn der Täter auch bewaffnet ist, steht dort ein aufgeregter Polizeimeister mit Puls 180 und den Finger am Drücker.

Möchten Sie da in Schussrichtung stehen?

Situationen, die einen Schusswaffengebrauch der Polizei rechtfertigen, sind immer problematisch. Mit diesen Problemen wird der Beamte aber allein gelassen und muss oft in Sekunden entscheiden, ob die Rechtslage zum Gebrauch der Waffe gegeben ist. Später zerpfückt dann in stundenlangen Gerichtsverhandlungen ein gewiefter Rechtsanwalt den Hergang. Also, wenn ich Polizist wäre, ich würde nicht schießen. Für Zwo-fünf im Monat, soweit käm's noch.

Könnten wir also eigentlich unsere Polizei abschaffen und die Heilsarmee in den Einsatz schicken.

Nein, wir müssen unsere Polizei eben nur anders ausrüsten - wie schon oben gesagt. Es gibt nämlich durchaus polizeitaugliche Waffen, bzw. Munition. Es gibt Patronen, mit denen kann man auf einen Menschen schießen, so dass er wirklich umfällt und außer Gefecht ist, aber nicht tot. Das sind Patronen, die eine Art Schrot in einem Kunststoffbeutelchen enthalten. Wer davon getroffen wird, fällt durch den Aufprallschock um, wird aber darüber hinaus nicht verletzt. Ins Auge sollte man so ein Ding auch nicht gerade verpasst bekommen, da dürfte der Schaden sicher höher sein, aber das ist doch ein vertretbares Risiko. Bei jedem Zoo-Löwen weiß man, wie man dem eine Betäubungsspritze rein schießt, sodass er behandlungsfähig für den Zahnarzt wird, ohne diesen aufzufressen.

10 – Ausländer / Migranten

Wenn auch hier bei uns Vieles nicht in Ordnung ist und dringend geändert werden müsste – aus der Sicht eines bettelarmen Afrikaners oder Inders oder Kasachen leben wir auf einer Insel der Seligen.

Den Eindruck der Insel habe ich aber nicht, wenn ich so durch den Mannheimer Hauptbahnhof laufe. Da habe ich den Eindruck, Afrika sei ganz in der Nähe.

In manchen Ländern sind die Lebensumstände derart fürchterlich, dass trotz der Gefahr sein Leben zu verlieren, oft riskiert wird, irgendwie nach Europa zu kommen. Bei Licht betrachtet sind das nicht einmal die Allerärmsten dieser Regionen, denn für diese Migration müssen oft erhebliche Gelder aufgebracht werden – zum Beispiel, um eine Schlepperbande zu bezahlen. Es sind oft die Eliten eines Landes, welche auswandern möchten. Es wäre aber viel wichtiger, wenn genau diese Leute dort blieben und versuchen würden, die Lebensumstände vor Ort zu verbessern. Tatsächlich wird ja auch von europäischen Ländern für diesen Zweck Geld investiert, wenn auch bei Weitem nicht genug. Andererseits entziehen wir den Leuten in den Entwicklungsländern mit unseren industriellen Billigprodukten die Erwerbsgrundlagen. Aber wenn ich mir mal ein Beispiel ansehe, weiß ich nicht, was richtig ist. Hier das Beispiel: Ein Bauer in Afrika züchtet Hühner. Um dabei überhaupt was zu verdienen, muss er das Huhn für 5 Euro verkaufen. Ein importiertes Huhn aus einer europäischen Tierfabrik ist auf dem gleichen Markt für 3 Euro zu haben. Was ist nun wichtiger? Dass der Arme das Huhn für 3 € bekommt und seiner Familie damit eine kräftige Suppe machen kann oder dass der Bauer sein Huhn für 5 € verkaufen kann und dadurch einen

Beitrag zur Wirtschaft seines Landes leistet? Und es dann nicht los wird, weil der Arme die 5 € nicht besitzt? Da wäre aber noch eine Überlegung: Gäbe es keine subventionierten Exporte solcher Waren mehr, könnte die einheimische 3. Welt-Wirtschaft mehr und dadurch billiger produzieren. Dadurch wären dann Waren für die dortige Bevölkerung erschwinglicher.

Übrigens kommen viele Migranten auf einem schlaueren Weg nach Europa, als mit einem klapprigen Boot über das Mittelmeer nach Lampedusa: Sie haben ein dreimonatiges Touristenvisum und tauchen dann nach Ablauf einfach unter. Den Reisepreis mit Wucherzinsen müssen sie dann vielleicht bei einer Mafiabande abbezahlen, was aber einen Gelderwerb bedingt. Weil sie illegal im Lande sind, bleibt auch nur illegaler Gelderwerb: Prostitution, Drogenhandel, Eigentumsdelikte. Ich bin schon für eine strikte Unterbindung der illegalen Einwanderung.

Angesichts des demografischen Wandels, also des Bevölkerungsrückgangs bei uns, können wir andererseits eine Zuwanderung gut gebrauchen. Voraussetzung ist allerdings, dass diese Leute nicht hier bei uns eine kleine Exklave ihres Heimatlandes aufbauen (Klein-Kasachstan oder Little Liberia) sondern sich integrieren. Unser neues Zuwanderungsgesetz enthält auch eine Sprachförderung. Diese war früher im Sozialrecht geregelt, während sie nun Bestandteil des Aufenthaltsrechts geworden ist. Das Gesetz erlaubt auch die Verpflichtung, einen Sprachkurs zu absolvieren. Das halte ich auch dringend für geboten auch für viele Ausländer, die bereits seit einiger Zeit hier leben. Diese haben aber keinen Anspruch auf diese Förderung, denn sie ist nur für Neuzuwanderer. Auch wer aus humanitären Gründen ein Aufenthaltsrecht bekommt, hat keinen Anspruch auf Sprachförderung.

Trotz meines gegenteiligen Eindrucks am Hauptbahnhof hat eine Öffnung Deutschlands für Ausländer nicht stattgefunden. Wikipedia meint dazu:

Die angekündete Öffnung Deutschlands für neue Zuwanderer hat mit dem Gesetz nicht stattgefunden. Die entsprechenden Rechtsverordnungen (Beschäftigungsverordnung, Beschäftigungsverfahrensverordnung) begrenzen die Möglichkeiten für Neuzuwanderer ziemlich genau auf den Personenkreis, der auch schon nach den entsprechenden Verordnungen nach altem Recht (Arbeitsgenehmigungsverordnung, Anwerbestoppausnahmereverordnung) zuwandern durfte (Beispiel: Spitzensportler, Spezialitätenköche, hochqualifizierte wissenschaftliche Fachkräfte). Faktisch hat die Zuwanderung neuer Fach- und Spitzenkräfte nach Deutschland im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr sogar abgenommen.

Aus humanitären Gründen (Härtefallregelung u.a.) dauerhaft bleibeberechtigte Ausländer bleiben nach den einschlägigen Regelungen des Zuwanderungsgesetzes bzw. des sich daraus ableitenden Sozialrechts in vielen Fällen von staatlichen Integrationsleistungen (Deutschkurse, Kindergeld, Ausbildungsförderung) ausgeschlossen. Weiterhin gelten Einschränkungen (Abschiebehaft, Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete, Abschiebungshaft und Ausweisungsmöglichkeiten, hohe formale Anforderungen für den Ehegattennachzug zu Ausländern und Deutschen usw.). Zum Teil wurden die Einschränkungen verschärft.

Auch die „Kettenduldung“ blieb, die Kritikern zufolge eine Integration erschwert oder verhindert. Ende 2005 lebten nach wie vor etwa 200.000 Ausländer mit einer Bescheinigung über die

„Aussetzung der Abschiebung“ in Deutschland, manche davon bereits über mehr als 10 Jahren. Zitat Ende.

Daraus resultieren oft unmenschliche Entscheidungen von Bürokraten, so zum Beispiel Abschiebung eines Mädchens, das seit seiner Geburt hier aufgewachsen ist und kein Wort Türkisch konnte, in die Türkei, also in ein völlig unbekanntes Land zu entfernten Verwandten nach Anatolien.

Was mir persönlich Kopfschmerzen macht, ist die Möglichkeit für Bulgaren und Rumänen jetzt als EU-Mitglieder unbegrenzt ihren Wohnort innerhalb der Gemeinschaft zu wählen. Ich fürchte, nicht allzu viele werden dann in ihrer Heimat bleiben.

Ich denke, diese Kopfschmerzen machen sich auch andere Leute in Europa. Deshalb gibt es bereits seit 2004 die Organisation „Frontex“. Frontex wurde gegründet, um den Ländern der EU, welche Aussengrenzen haben, beim Schutz dieser Grenzen zu unterstützen. Frontex bildet Grenzschutzpersonal für Land- See- und Lufteinsatz aus. Frontex erstellt auch Risikoanalysen aufgrund aktueller Grenzsituationen.

Frontex hat auch eine Schnell-Reaktionskapazität im Form des Europäischen GrenzwachTeams (EBGT) und einer umfassenden Datenbank EU-weit verfügbarer Spezialisten und technischer Hilfsmittel. Diese Teams werden in ständiger Bereitschaft gehalten um bei einer kritischen Situation an der Aussengrenze eingreifen zu können.

Wie wird es wohl in Zukunft sein? Wenn Halb-Afrika sich auf den Weg zu uns macht? Brauchen wir da eine Art „Berliner Mauer“ um die Nördlichen EU-Staaten?

11 – Verteidigung

Am 25. November 1954 ist die Bundesrepublik der Nato beigetreten.. Das geschah auf Betreiben der USA hin, welche im Kalten Krieg eine Überlegenheit der konventionellen Streitkräfte Russlands sahen. Na ja, und dann hatten wir wieder eine Armee obwohl wir doch wirklich die Nase voll hatten vom Krieg.

Nachdem dann der Herr Reagan die sowjetrussischen Kommunisten an die Wand gerüstet hatte, war dann unser Glück, dass der Herr Gorbatschow nicht den Untergang des realen Kommunismus mit einer Atombombe besiegelt hat.

Seither ist uns zum großen Glück so allmählich der Feind abhanden gekommen.

Während des Kalten Krieges mit dem Warschauer Pakt war es vermutlich vernünftig, eine starke Verteidigungsbereitschaft zu haben, wenn es uns auch teuer kam.

So wurde ab 1967 das Jagdflugzeug „Tornado“ entwickelt und dann auch von der Bundesrepublik in einer Stückzahl von 339 zum Stückpreis von 55 Millionen DM beschafft.

Mit der Zeit ist dann auch der Unterhalt des Tornado teurer geworden und schlug dann immerhin mit läppischen 42.834 € pro Flugstunde zu Buch. Da sind allerdings die Beschaffungskosten mit eingerechnet. Schon unter Kohl wurde dann auch das Nachfolgemuster, der Eurofighter „Typhoon“ bestellt und zwar die Kleinigkeit von 180 Stück zum Preis von gerade mal 138,88 Millionen pro Stück. Der Betriebspreis beläuft sich dann auf 73.992 € pro Flugstunde.

Da fällt mir dann immer gleich ein, was eigentlich ein HartzIV-Empfänger als Monatshilfe zugestanden bekommt.

Mir und sicherlich auch anderen Bürgern fehlt definitiv das Verständnis dafür, warum Deutschland angesichts dieser Flugstundenkosten solche Fluggeräte weiterhin betreibt. Gegen welchen Luftüberlegenheitsfeind müssen wir eigentlich noch verteidigungsbereit sein? Natürlich kann man wohl kaum noch aus den Beschaffungsverträgen aussteigen aber betreiben muss man diese Flugzeuge nur in ganz geringen Stückzahlen, damit es wenigstens ein paar Piloten gibt, welche diese fliegen können. Ich würde zehn Stück im Dienst behalten und den Rest in Arizona in trockener Luft konserviert einlagern.

Ich bin übrigens kein Gegner des Luftverkehrs, immerhin habe ich selbst über 1000 Stunden Flugerfahrung als Pilot, wenn auch nur von Sportflugzeugen.

Die Engländer haben allerdings ihre Eurofighter über Lybien eingesetzt, wo wir uns aber vernünftigerweise raus gehalten haben. Ob unsere Industrie die Entwicklung von HighTech-Fluggerät benötigt, um auf dem Laufenden zu bleiben? Das könnte tatsächlich der Fall sein, aber warum dann Jagdflugzeuge ohne Nutzen? Wäre nicht die Weiterentwicklung und Produktion von Hovercrafts und Transportflugzeugen vernünftiger? Erstere könnte man zum Beispiel auch zu humanitären Einsätzen bei Hochwasser verwenden.

Genau so überflüssig ist heutzutage für unser Land ein U-Boot. Dieses relativ kleine Schiff, kostet ca. 135 Millionen € und ich frage mich, wozu brauchen wir es? Wollen wir vielleicht Fischdampfer in der Nordsee torpedieren? Die Nordsee ist sowieso meistens so flach, dass die Schaluppe noch oben raus schaut, wenn sie bereits auf Grund liegt. Nein, der Grund für diese Art Schiffe ist der Export. Da kennt unsere kapitalfreundliche

Regierungskoalition Schwarz/Gelb keinerlei Skrupel, diese Geräte an Israel und wahrscheinlich auch an Pakistan zu liefern. Israel baut dann Abschussrampen für Atomraketen ein (davon will Merkel dann gar nichts wissen) um für den möglichen Atomüberfall vom Iran her, eine Vergeltungsmöglichkeit zu haben.

Heute kann man ja Terroristen in Afghanistan von Nevada aus erschießen. Das macht man mit unbemannten Flugzeugen, Drohnen. Die steuert jemand mit dem „Joystick“ von einem Leitstand aus, zu dem er morgens nach dem Frühstück hinfährt, Terroristen erschießt und zum Mittagessen wieder daheim ist. Natürlich wollten unsere Militärs auch so was Schönes haben. Wenn auch nur zum Fotografieren. Deshalb wurden auch solche Drohnen bestellt, in USA, nicht etwa bei deutschen Firmen, die das bestimmt auch hinbekommen hätten, wohl auch billiger. Das war aber erst wohl eine Probebestellung, sogar noch von der Rot-Grünen Regierung. Als dann die Schwarzen an die Regierung kamen, wurde die Bestellung auch dann nicht rückgängig gemacht, als sich herausstellte, dass die „Eurohawks“ mangels Zusammenstoßwarn- und Verhinderungsanlage „TCAS“ in Deutschland nicht zulässig waren. Es ging da „nur“ um 430 Millionen € (das war der Auftragswert an Northrop Grumman) welche derart in den Sand gesetzt wurden. Das blieb für den zuständigen Minister aber ohne weitere Folgen.

Der gleiche Staat sanktioniert einen HartzIV-Empfänger wenn er 10 € nebenher eingenommen hat und dieses nicht meldet, das wollen wir in diesem Zusammenhang mal nicht vergessen.

Andere Beobachtungsdrohnen übrigens, aber nicht so groß wie die Eurohawk, besitzt die Bundeswehr ca. 580 Stück Wahrscheinlich

wollte die der Minister auch die große, weil man sich damit schön abbilden lassen kann.

Es gibt ein Buch mit dem Titel „Elf drohende Kriege“, erschienen 2012 im Bertelmannsverlag, in welchem die möglichen – und oft wahrscheinlichen - Szenarien zukünftiger Kriege dargestellt werden. Es wäre eine interessante Lektüre für unsere Politiker. Sie könnten dort nachlesen, dass nur kleine, begrenzte Konflikte noch mit konventionellen Waffen ausgetragen werden, oft als Stellvertreter-Kriege. Die wirklich großen Konfrontationen laufen in Zukunft völlig anders ab und Panzerarmeen bleiben in ihren Depots, während eine feindliche Aggression zum Beispiel über das Internet stattfindet.

Inzwischen hat man ja auch die allgemeine Wehrpflicht, obwohl eine Berufsarmee nicht billiger ist, abgeschafft. Bei der Gelegenheit hätte man aber für alle Heranwachsenden, also auch für Mädchen, ein soziales Pflichtjahr einführen können, was allerdings versäumt wurde.

Es läuft allerdings auch ohne Pflicht. So gut, dass 2013 das Jahreskontingent von 35 000 Plätzen bereits seit Monaten ausgeschöpft ist, und Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) jubelt: „großartige Bilanz“. Freiwilligkeit verkauft sich gut. Am 1. Juli 2010 gestartet, erlebt der Bundesfreiwilligendienst (BFD) seither einen kaum geahnten Ansturm.

Nun sind nicht nur die Heranwachsenden als freiwillige „Buftis“ tätig, sondern auch normale Erwachsene und sogar Rentner. Das machen die aber nicht (nur) aus Bürgersinn, sondern weil dabei wenigstens ein zusätzliches Taschengeld zu erwerben ist. Kann es sein, dass sich hier der Staat wieder aus seiner sozialen

Verantwortung stiehlt? Weil er mit einem Taschengeld abspeist, was eigentlich normal entlohnt werden müsste? Wäre nicht das soziale Pflichtjahr für Heranwachsende auch deshalb wichtiger, weil darin auch das soziale Miteinander gelernt werden würde?

Die Linken wollen generell einem militärischen Einsatz nicht zustimmen. Sie wollen auch, dass Deutschland aus der Nato austritt. Mal abgesehen davon, ob das vertraglich überhaupt möglich ist – braucht Deutschland wirklich noch ein Militärbündnis? Wie groß ist in Wirklichkeit noch die Gefahr, von Russland überrannt zu werden? Ich glaube, das ist für alle Zeit vorbei. Übrigens hat Russland nicht uns überrannt, sondern es war genau umgekehrt. Wie wäre es dann, wenn Deutschland für die Zukunft neutral wäre, wie die Schweiz und Schweden?

Dann könnte es nicht passieren, dass der „Bündnisfall“ eintritt, wenn zum Beispiel wieder mal ein Schießkrieg um die Falklandinseln ausgetragen wird.

2 - Politik

Oft sind ja interessante Debatten im Bundestag. Die Opposition sagt der Regierung, dass sie unfähig ist. Da werden zum Teil richtig gute Reden gehalten, auch rhetorisch gut. Manche Abgeordnete können das. Also wenn ich dort Redner wäre, würde ich mir immer ein paar alte Schuhe mit ans Rednerpult nehmen und denjenigen im Auditorium an den Kopf werfen, die während meiner lange vorbereiteten Rede in ihren Akten blättern, telefonieren oder sich mit dem Nachbarn unterhalten und mich als Redner keines Blickes würdigen.

Ich halte das nicht nur für absolut ungezogen, sondern schlicht ignorant und unverschämt. Zuzuhören, wenn einem ein Anderer etwas zu sagen hat, gebietet schon die Höflichkeit. Aber sind unsere Abgeordneten nicht ein stimmiges Abbild des ganzen Volkes? Eine Super Gesellschaft sind wir inzwischen, toll.

Bleiben wir noch ein bisschen im Plenarsaal.

Wenn auch die Abgeordneten nicht das Volk widerspiegeln (was etwas anderes als repräsentieren ist) ist es doch interessant mal schauen, aus welchen Berufsgruppen die Abgeordneten denn kommen.

Im Jahre 2012 waren 74 Abgeordnete Beamte oder vom öffentlichen Dienst, 86 Angestellte, Freiberufler waren 130, Selbstständige 54, aus der Wirtschaft kamen 87 und aus irgendwelchen Organisationen 91.

Das sind noch nicht alle aber um mal einen Überblick zu bekommen, reicht diese Aufzählung.

Wohl jeder hat im Privatleben einen Beruf, der ihm den Lebensunterhalt sichert. Diesen kann man als

Bundestagsabgeordneter sicherlich kaum noch oder gar nicht ausüben. Schon deshalb muss das Land seine Parlamentarier bezahlen. Das nennt man Diäten. Für den Normalbürger hat Diät aber etwas mit weniger zu tun.

Weil aber die Abgeordneten wohl der einzige „Berufsstand“ sind, der seine Bezahlung selbst bestimmt, hat der Bürger eigentlich immer den Eindruck, dass da viel zu viel bezahlt wird. Schon aus diesem Grund sollte die Honorierung durch ein neutrales Gremium erfolgen, was im Volk einen deutlich besseren Eindruck hinterließe.

Andererseits: Wen will man denn als Abgeordneten und letztlich in der Regierung haben? Doch wohl nicht Leute, die kaum bis Drei zählen können. Will man aber die Cleveren im Lande für die Politik begeistern, darf man nicht erwarten, dass sie dann damit einverstanden sind, deutlich weniger als in der freien Wirtschaft zu verdienen. Schon jetzt und darum ist es meines Erachtens so, dass wir in der Politik keineswegs die Erste Garde haben.

Die Abgeordneten sehen sich selbst auch nicht als überbezahlt an und haben schon deshalb kaum Hemmungen, auch noch Nebenverdienste anzunehmen. „Wes Geld ich nehm – des Lied ich sing“ ist da wohl nicht auszuschließen. Kurz: Ich bin tatsächlich dafür, dass die Tätigkeit der Abgeordneten besser bezahlt wird, aber Nebentätigkeiten verboten werden. Der Abgeordnete soll seine ganze Arbeitskraft dem Wohl des Volkes widmen und nicht nur den neben sonstigem Gelderwerb übrig bleibenden Teil. In dem Zusammenhang wundere ich mich nicht mehr sehr über die meist leeren Bänke im Bundestag. Andererseits soll eine Wahl zum Volksvertreter nicht dazu führen, dass man, wenn man nicht mehr gewählt und im Bundestag aktiv ist, dann finanziell ausgesorgt hat. Von den Diäten soll der Abgeordnete, genau wie

jeder andere Beschäftigte auch, seine Rückstellungen für Zeiten danach, selbst bezahlen.

Ganz unerträglich halte ich die Apanagen für ehemalige Bundespräsidenten, ein Amt, das wirklich keine besonderen Fähigkeiten voraussetzt.

In den USA, einem Land, das sich nur sehr begrenzt noch als Vorbild für uns eignet, darf ein Präsident nur zwei Legislaturperioden bestreiten. Das halte ich für eine gute Vorschrift, die man auch bei uns übernehmen sollte.

Denn wenn ein Regierungschef 8 Jahre Zeit hat, um für das Land wichtige Dinge auf den Weg zu bringen, und er das bis dahin nicht geschafft hat, dann soll mal ein anderer dran. Dabei gibt es ja auch die Möglichkeit, dass jemand in dieser Zeit das Land in den Ruin treibt. Dagegen gibt es ja verschiedene Verfahren, wie man einer offensichtlich unfähigen Regierung das Mandat entziehen kann, was aber nicht so einfach ist und schon oft versagt hat.

Was wollen wir eigentlich als Durchschnittsbürger von einem Land, in welchem sich gut leben lässt? Wie soll es denn sein?

Erstens rechtstaatlich und zweitens sozial, aber nicht sozialistisch. Es soll eine soziale Marktwirtschaft haben aber schon gar keinen Raubtier-Kapitalismus.

Wenn eine Partei in Deutschland die Wahlen gewinnen will, dann müsste sie sich nur für die folgenden Punkte einsetzen:

- Die allgemeine Mehrwertsteuer unter 20 Prozent senken und sinnvoll Anpassen, also beispielsweise den Hotels und Tierfutter keinen besonderen Bonus geben

- Keine Steuern auf Steuern erheben, wie beim Strom- Gas- und Treibstoffpreis
- Einen Sozialpass einrichten für Leute, die weniger als € 900,- im Monat (der Armutsgrenze) verdienen
- für Sozialpassinhaber Deutschland weit verbilligte Eintritte in vom Staat subventionierte Einrichtungen vorhalten, wie beispielsweise Museen, Zoos, Theater
- Für Leute ab 67 Jahren den Fahrpreis in öffentlichen Verkehrsmitteln um 50 Prozent reduzieren
- die Kfz Steuer komplett abschaffen (wie in anderen EU-Ländern auch) und die frei werdenden Beamten für die Steuerfahndung einsetzen
- Ausufernde Treibstoffpreise durch Lieferungen aus der nationalen Spritreserve an freie Tankstellen zu verbilligten Preisen abfangen.
- Überflüssige Euro Fighter und Boote einmotten
- Einen zweiten Rechtszug für Behörden vor Sozialgerichten für verbieten (damit eine Behörde trotz verlorenem Prozess einen armen Bürger nicht Bankrott klagen kann)
- Verbandsklagen gegen öffentlich wichtige Vorhaben verbieten (um zum Beispiel eine Stromtrasse auch bauen zu können wenn der NABU das nicht will)
- bei Privatisierungen von Infrastrukturen wie Bahn, Strom, Wasser, Straßen, Luftfahrt, und Schifffahrt als Staat immer eine Sperrminorität zu behalten
- viel mehr Richterplätze zu schaffen, um insbesondere Straftaten schneller ahnen zu können
- Verwaltungen per Gesetz verpflichten, vom Rechnungshof ermittelte Verschwendungen umgehend abzustellen

- Geschäftsbanken verbieten, Geld der Kunden in spekulative Geschäfte zu stecken und mehr als 6% Zinsen über dem Zentralbank Satz zum nehmen
- das bedingungslose Bürgergeld für einheimische Bürger einzuführen (das würde viele Probleme sowieso lösen)
- Mindestens € 10,- Stundenlohn für alle Tätigkeiten einzuführen
- keine Firma darf mehr als 10 Mitarbeiter nach dem € 450,- Gesetz beschäftigen, damit sie sich nicht aus ihrer sozialen Verantwortung stehlen kann
- Zahlungen von Behörden an Bürger, welche unter € 5 liegen, ohne Verwaltungskontrollen auszahlen um unsägliche Bürokratievorgänge um Bagatellbeträge abzustellen. (auch wenn dadurch gelegentlich Zahlungen erschlichen werden)

Fraglos gehört politischer Mut für viele dieser Dinge. Aber ich frage hiermit meinen Leser: Welcher dieser Punkte wäre denn unwichtig und unmöglich?

Erstaunlicherweise finden sich etliche dieser Forderungen auf der Agenda der Linken, was sie offensichtlich für andere Parteien unannehmbar macht. Was für das Land gut und richtig ist interessiert Parteien wohl erst in zweiter Linie.

13 - Religion

Religionen stehe ich sehr kritisch gegenüber obwohl ich mir darüber im Klaren bin, dass ohne diese keine Kultur erreicht worden wäre.

Gleiche Religion hält Volksgruppen zusammen und Glaube versetzt nicht nur sprichwörtlich Berge, sondern Gläubige würden bestimmt einen Berg umschauflern, wenn sie damit ihrem Gott gefällig wären.

Wie entsteht Religion? Auslöser ist fraglos unser Bewusstsein. Denn im Gegensatz zum Tier weiß der Mensch definitiv, dass er irgendwann sterben muss. Das will er aber nicht wahrhaben und er glaubt lieber seinem Traum vom ewigen Leben. Schon immer hat es Leute gegeben, die sich überlegt haben, wie sie denn gegenüber ihren Mitmenschen Vorteile gewinnen. Wohl sehr früh sind diese „Cleveren“ schon auf die Idee gekommen, dafür diese latente Angst vor dem Tode zu nutzen. Selbst heute ist die Welt noch voller Wunder und wie muss das erst zu archaischen Zeiten gewesen sein. Der selbst ernannte Schamane oder Mediziner hat sicherlich selbst daran geglaubt, dass er durch devotes Verhalten seine Chance vergrößert, von den unerklärlichen Mächten, die fast alles um ihn herum bestimmen, gnädiger betrachtet und behandelt zu werden.

Selbst wenn er kein Alpha-Typ gewesen ist, war er aber doch schlauer als seine Gruppe und konnte dann auch veranlassen, dass die anderen sich ebenso devot zu diesen höheren Mächten verhalten. Der nächste Schritt ist, sich dann auch zum Gehilfen und Stellvertreter dieser Mächte selbst zu ernennen, schon deshalb,

weil es für ihn wirtschaftliche Vorteile bedeutete. So kamen die Götter ins Land.

Bei Licht betrachtet, handelt es sich auch hier bereits um Politik. Denn durch eigentlich nichts bewiesene Versprechungen wird eine bestimmte Verhaltensweise bewirkt.

Schlimmer ist es, wenn diese Verhaltensweisen durch Drohungen bewirkt werden. Alle Religionsgemeinschaften haben auch das Mittel der Drohung in ihrem Repertoire und zwar von Anfang an. Was hat diese Menschheit schon für Götter gehabt! Und welche zum Teil abartige Verhaltensweisen sie sich ausgedacht hat, um diese Götter bei Laune zu halten. Das ging ja bis zum Kannibalismus oder den liebevollen Methoden der frühen Azteken, die manchen Leuten das Herz bei lebendigem Leib herausrissen, um den Göttern zu gefallen.

Für jedes Teilgebiet gab es meistens auch einen eigenen Gott, insbesondere die Altgriechen waren darin unangefochtene Meister. Auch was die irrwitzigen Verwandtschaftsverhältnisse und Verhaltensweisen dieser Götter anbelangte.

Die Römer waren dann bereits pragmatischer, die hatten dann mit ihren Kaisern schon Götter zum Anfassen (und auch Umbringen).

Dann gab es plötzlich im von Rom besetzten Palästina einen Sozialisten namens Jesus von Nazareth, der seinerseits auch nicht an die Vielzahl der griechischen Götter glaubte, sondern mit einem Gott (Jehova) zufrieden war, als dessen Kind er sich selbst betrachtete.

Er wollte wohl auch ein eher virtuelles soziales Königreich errichten, was die herrschenden Römer jedoch missverstanden und zusahen, wie sie diesen links orientierten Gutmenschen wieder los wurden. Der Rest ist ja bekannt.

Obwohl dieses Buch ja meine Sicht auf Deutschland beschreibt, habe ich diesen kleinen Ausflug in die Religionsgeschichte gemacht, um meine Auffassung von Religion als solcher ein wenig aufzuzeigen.

Seit der Gründung des Vatikans ist Religion und Staat miteinander verwoben. Welche Ungeheuerlichkeiten und Schandtaten dadurch schon geschehen sind, weiß man ja inzwischen. Ideologisch verblendete Menschen sind zu allem fähig und wurden schon zu allen Zeiten aufgehetzt. Auch das Nazitum gehört dazu, ebenso wie der Bolschewismus und der Islamismus.

Deshalb bin ich froh, dass in Deutschland Staat und Religion getrennt sind, was meines Erachtens ruhig noch deutlicher sein könnte. So sehe ich überhaupt keine Notwendigkeit, dass für manche Religionsgemeinschaften die Beitragsgebühren über den Staat als „Kirchensteuer“ eingetrieben werden. Die großen christlichen Religionsgemeinschaften wie Protestanten und Katholiken nehmen das gerne wahr, obwohl auch einige Religionsgemeinschaften darauf verzichten. Zumal Mitglieder mittels der Taufe auch noch ungefragt rekrutiert werden. Die Kirchen sollen selbst zusehen, wie sie ihre Mitgliedsbeiträge zusammen bekommen und nicht auch noch die sowieso überbordende Staatsbürokratie dafür einsetzen. Allerdings behält die Finanzkasse einen Anteil davon als „Bearbeitungsgebühr“ ein. Wieso soll ich auch durch den Eintrag auf der Steuerkarte, jedermann offen legen, zu welcher Religion ich mich bekenne.

Kürzlich habe ich erfahren, dass die Kirchen zwar gerne Kirchensteuer erhalten aber sich eigentlich kaum an sozialen Hilfsleistungen finanziell beteiligen. So wird ein „katholischer“

Kindergarten zwar mit linientreuem Personal besetzt, das dann auch entsprechend geprägtes Verhalten weitergibt, aber die Finanzierung zu 100% dem Staat überlässt. Das Gleiche gilt für konfessionell betriebene Krankenhäuser und andere Einrichtungen. Es ist also fast immer eine Mogelpackung. Zwar ist bestimmt „katholisch“ drin wenn „katholisch“ draufsteht, aber die Zahlung überlässt man gerne der Allgemeinheit, also auch denen, welche anderer Religion sind oder auch gar keiner Konfession angehören. So „darf“ ich mich auch an der Apanage für einen Bischof beteiligen, der hoffentlich mit den 9.000 € /Monat auskommt. Diese zahlt nämlich nicht etwa die Kirche, sondern der Staat. Was ich auch sehr missbillige, dass es ein konfessionelles Arbeitsrecht gibt. Diesem unterliegen alle in kirchlichen Einrichtungen Beschäftigten. Wenn also eine beim Bischof beschäftigte Putzfrau oder eine beim katholischen Kindergarten beschäftigte Kindergärtnerin aus der Kirche austritt, dann wird diese Kraft umgehend entlassen. Wenn der betroffene Arbeitnehmer dann dagegen gerichtlich vorgeht, wird von der Kirche jeder mögliche Rechtszug ausgenutzt, egal was es kostet. Dem Arbeitnehmer wird schon rechtzeitig das Geld oder die Geduld ausgehen. (Das hatten wir ja schon im Kapitel Rechtssystem). Auf unseren Kirchen steht ja immer „christlich“ drauf, oft ist aber keineswegs „christlich“ auch drin. Die Inquisition oder Hexenverbrennungen gibt es ja nicht mehr – ob dies allen Kirchenleuten wirklich leid tut? Das christliche Symbol, das Kreuz, ist ein Folterwerkzeug. Ob diese in Schulzimmern an der Wand hängen sollten, wie in Bayern üblich?

Nun komme ich zu anderen hier zunehmend auffallenden Religionen.

Es wäre sicherlich zuviel verlangt, dass ein hier lebender Muslim nun dem Christentum beitreten sollte, schließlich haben wir laut Grundgesetz Religionsfreiheit. Jeder soll nach seiner Fassung selig werden. Aber Moscheen würde ich nur im Verhältnis 1:1 zulassen, also für jede christliche Kirche in muslimischen Ländern, eine Moschee bei uns. Da müsste man nicht nur in der Türkei wahrscheinlich noch etliche Kirchen bauen.

Die Macho-Kultur der muslimischen Männer ist mir auch zuwider und eine Frauen verachtende Ganzkörper-Verschleierung würde ich wie in Frankreich, auch verbieten. Das Kopftuch ist, soviel ich weiß, keine Vorschrift des Korans, sondern ein eher politisches Merkmal. In Istanbul sieht man weniger Kopftücher als in Berlin. Deshalb würde ich das zumindest in Schulen und für Beschäftigte in öffentlichen Gebäuden nicht zulassen. Ich sehe im Kopftuch tragenden Frauen eigentlich zweierlei Gründe: Entweder trägt die Frau Kopftuch, weil sie es einfach des lieben Friedens in der Familie wegen tut oder aus politischem Grund. Sie möchte, dass Deutschland mehr islamisch wird. In der Türkei ist seit Kemal Atatürk das Kopftuch in Schulen übrigens verboten. Der heute amtierende Regierungschef Erdogan betreibt aber mit allen Kräften eine Abkehr von den Ideen des Atatürk, will aber in die EU. Diese Leute braucht die EU aber nicht und auch nicht die Scharia.

Es gibt auch Gruppierungen, die ausschließlich Menschen beherrschen und finanziell ausnutzen wollen und sich dazu zur Tarnung als „Religion“ oder „Kirche“ bezeichnen. Die „Scientology Church“ des Herrn Hubbard ist hier gemeint. Die deutsche Bundesregierung schloss sich dann doch „schon“ 1998 der Ansicht des Bundesarbeitsgerichtes von 1995 an, dass Scientology weder Religions- noch Weltanschauungsgemeinschaft

sei. Ziel der Organisation sei vielmehr Gewinnerzielung, was mit dem Status einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft unvereinbar sei. Dagegen ist der deutsche Staat viel zu tolerant, dieser Verein gehört sofort verboten. Anstatt Verbot wird die Scientology aber nur vom Verfassungsschutz beobachtet.

Orthodox ist schlimm.

Das ist für mich ein Unwort schlechthin. Orthodox heißt übersetzt „rechtgläubig“ und das ist ein Widerspruch in sich. Denn „Glauben“ heißt ja „nicht wissen“.

Die Rechtgläubigen gibt es leider in jeder Religion und immer geht von ihnen Ungemach für die Leute ihres Umfeldes aus. Ich denke da immer an ein Beispiel aus meinen Jugendjahren. Ich hatte dort mal eine Freundin namens Eva. Eva's Familie war bei den Zeugen Jehovas. Das ist vielleicht eine freudlose Sekte! Alles was normalerweise Spaß macht, ist bei denen verboten, ausgenommen Kinder zeugen. Also kein Kino, kein Tanz oder Ähnliches, nichts. Nur beten. Donnerstag abends trifft man sich im „Himmelreichsaal“ sowie sonntags zweimal, erst um zehn Uhr dann noch mal um 16 Uhr. Damit keiner der Gläubigen auf dumme Gedanken kommt, irgendwas sonst mit dem Sonntag anfangen zu wollen. Ich bin Interesse halber mal sonntags mitgegangen. Erst gab es einen warmen Händedruck vom Vorprediger, der dann bald mit seiner Ansprache begann. Daraufhin stürzten nacheinander mehrere Gläubige nach vorn um zu berichten, welche Erfahrungen sie persönlich mit dem HERRN gemacht hatten. Danach kamen noch ein paar liturgische Handlungen und es war vorbei. Wieder ein warmer Händedruck verbunden mit der Erwartung, sich bald wieder zu sehen.

Als ich die Eva fast von dieser Sekte befreit hatte, wurde sie mit Gewalt von ihrer Familie wieder eingefangen.

Diese Art Religion ist mir persönlich sehr zuwider, egal von welcher Gemeinschaft sie verübt wird. Unser Land sollte das nicht tolerieren.

Auch extreme Parteien gehören in die Rubrik Religion. Dazu gehören alle „ismen“. Zum Beispiel der Kommunismus und insbesondere der Nationalsozialismus. Die schon weiter vorn angesprochenen „Orthodoxen“ zeichnen sich ja nicht gerade durch besonderen Intellekt aus. Das wird aber in der Regel mehr als ausgeglichen durch Fanatismus. (Wieder ein ismus) Da hat unser Land ja in der Vergangenheit einschlägige Erfahrungen gemacht. Wie verboht muss man als Neonazi eigentlich sein, wenn man trotz Bildern von zerstörten Städten, Massengräbern, und millionenfachem Leid, meint, mit solchen Ideen sei Deutschland gedient?

14 – Wirtschaft

Robert Bosch pflegte früher oft durch seine Fabrikhallen zu gehen, nicht nur, um möglichst optimale Fertigungsabläufe zu erzielen, sondern auch, um von den Sorgen und Nöten seiner Mitarbeiter zu erfahren.

Ob das heute dort auch noch geschieht? Oft sitzt die Firmenleitung weit entfernt von den Fabriken und kümmert sich bestimmt mehr um globale Märkte als um einzelne Mitarbeiter.

Vielleicht ist man als Arbeiter in einem Großbetrieb heute dennoch besser aufgehoben als in einem kleineren Unternehmen, wo der Unternehmer tatsächlich mit Anbietern im Wettbewerb steht, die im Ausland mit Hungerlöhnen produzieren. Das ist zum Beispiel in der Textilindustrie der Fall. Wenn auch allmählich von Handelsfirmen in den Billiglohnländern Druck gemacht wird, um bessere Konditionen für die Arbeitskräfte zu erwirken, sollten deutsche Firmen gar nicht versuchen, damit zu konkurrieren. Das wird nie gelingen. Man muss auch in Deutschland nicht für 5 Euro ein Hemd kaufen können.

Deutschland sollte überhaupt keine Billigartikel herstellen, sondern Qualitätsprodukte, die nur erzeugt werden können, weil es hier hoch qualifizierte und motivierte Fachkräfte gibt. Diese Produkte sind auf dem Weltmarkt vergleichsweise teuer und werden dennoch immer verkauft werden, schon weil sie einfach länger halten oder einzigartig sind.

Schon deshalb brauchen wir hier flächendeckende Mindestlöhne, die nicht zu niedrig ausfallen dürfen. Wenn eine solche Herstellerfirma mit Aktien an den Börsen ist, sollten die Aktionäre nicht vergessen, dass nicht die Vorstände diese Produkte erzeugen.

Man muss also nicht die Vorstände bei Laune halten, sondern die Belegschaft! Deshalb sollten Aktionäre die Kontrolle nicht den Banken überlassen, sondern sich selbst um ihre Gesellschaft kümmern. Alle Firmenleitungen sollten sich große Mühe geben, ihre Belegschaft nicht nur ordentlich zu bezahlen, sondern auch die Stimmung im Betrieb auf hohem Niveau zu halten.

Das ist leider oft nicht der Fall. Der Lobbyismus der Banken und Aufsichtsräte hat es bisher immer geschafft, auch die Politik (insbesondere die CDU/CSU) entsprechend zu beeinflussen. Hier ein Beispiel: Jetzt 2013, wo ich dieses Buch hier schreibe, möchte die SPD und auch die Grünen, dass der Spitzensteuersatz von 42 auf 49% angehoben wird. Die CDU sieht darin den Untergang der Deutschen Wirtschaft. Sie erweckt immer den Eindruck, dass damit *jedes* Einkommen höher versteuert wird. Sie stellt in den Raum, dass die Wirtschaft nun nicht mehr in die Betriebe investieren wird. Wohl das genaue Gegenteil ist der Fall: Wenn der Unternehmer seinen Privatgewinn höher versteuern muss, aber das Betriebsvermögen nicht, wird er doch wohl eher das Geld dahin verschieben. Zu wessen Gunsten diese Partei hauptsächlich arbeitet, ist schon klar und die dauernde Wiederholung von Unzutreffendem lassen erkennen, dass die Wähler als dummes Stimmvieh betrachtet werden. Eine Behauptung wird auch durch dauernde Wiederholung nicht wahrhaftiger.

Die Leute sollten auch mal darüber nachdenken, wie sich Großunternehmen um möglichst alle Abgaben, auf welche auch die Kommunen dringend angewiesen sind, herumdrücken. Das geht mit Aufsplittern und Outsourcen. In meiner Nachbarschaft gibt es die bekannte BASF. Badische Anilin- und Sodafabrik. Diese Firma ist weder badisch, noch erzeugt sie Anilin oder Soda.

Aber sie floriert. Und sie ist aufgesplittert in viele kleine Teilunternehmen unter einer gemeinsamen Holding. Warum macht man das? Damit man nicht so viele Steuern zahlen muss. Weil man aber in der Öffentlichkeit gut da stehen will, wird immer mal wieder ein ordentlicher Betrag mit großem Tamtam für irgendein kommunales Projekt gespendet. Wenn diese Aufsplitterung allerdings verboten wäre, dann müsste ein Vielfaches als Steuer abgeführt werden. So aber stecken das die Vorstände und Aktionäre als Gewinn ein, wobei diese dann auch genau wissen, wie sie noch um die entsprechende Einkommensteuer herum kommen. Nokia war ein schönes Beispiel dafür. Erst haben sie in Bochum vom Staat schöne Subventionen dafür eingestrichen, dass ein Produktionsbetrieb installiert wurde und dann ist ihnen eingefallen, dass man in Bulgarien nur einen Bruchteil der hiesigen Löhne zahlen müsste. Inzwischen haben sie dieses Outsourcen aber wieder bitter bereut, als sie gemerkt haben, dass zwischen den Bochumer Mitarbeitern und den Bulgaren doch wohl ein ziemlicher Qualitätsunterschied besteht. Von solchen Firmen kaufe ich übrigens nichts mehr.

Ob sich Unternehmen damit einen Gefallen tun, wenn sie die Arbeitskraft ihrer Mitarbeiter so weit wie irgend möglich ausquetschen, wage ich zu bezweifeln. Was dabei auf der Strecke bleibt, ist nicht nur die Qualität von Produkten, sondern auch die Freundlichkeit der Mitarbeiter den Kunden gegenüber. Kunden zu verärgern kann aber im Zeitalter der sozialen Netzwerke für ein Unternehmen außerordentlich gefährlich werden.

Weil unsere Wirtschaft nur durch Kreativität und unsere Fachkräfte in der Welt bestehen kann, ist es wichtig, ein mutiges

Unternehmertum zu haben. Unterlasser gibt es aber auch bei uns schon genug. Manche Firmen sind auch gegenüber den Nachahmern viel zu blauäugig. Manchmal ist es sogar besser für ein neues Produkt, dieses nicht sofort patentieren zu lassen, sondern für strikte Geheimhaltung insbesondere des Herstellungsprozesses, zu sorgen.

Ganz falsch war wohl auch der Trend, nur jüngere Mitarbeiter in den Firmen zu haben und die Alten möglichst frühzeitig irgendwie los zu werden. Das hat sich aber in der Zwischenzeit wohl doch herumgesprochen, dass es wenig klug ist, das durch lange Berufsjahre angesammelte Wissen einfach über Bord zu werfen.

Am Schluss dieses Buches versuche ich nun mal ein Fazit zu ziehen, wie sich mir unser Land heute darstellt.

Nach mehr als 60 Jahren Frieden hätte man auch deutlich mehr für die sozial Schwachen im Lande erreichen können. Seit der Regierungszeit von Kanzler Kohl hat sich eine Ellbogengesellschaft etabliert, oft sind Verhaltensweisen aus US-Amerika kopiert worden, die nur selten auch positiv waren.

Zugegeben, wir Deutschen stehen in Europa zur Zeit wohl wirtschaftlich am besten da, was aber noch gar nichts über unsere tatsächlich erreichte soziale Position aussagt.

Bei Licht betrachtet ist dies Land im Besitz der Reichen.

Das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland beträgt über 9 Billionen €. Zur Erinnerung: der Staat hat derzeit 2 Billionen € Schulden, auch gerade kein Pappenstiel.. Somit hätte also jeder Bürger 100.000 €, aber nur durchschnittlich. Denn 10% der Bürger haben 6 Billionen, 1% haben mehr als 3 Billionen, die Reichsten im Lande, das sind nur 0,1% der Bürger, besitzen rund 2,25 Billionen €. Also mehr, als das Land insgesamt Schulden hat.

60% der Einwohner gehört dann der Rest des Nettovermögens, also so gut wie nichts. Es gibt aber 12 Millionen Deutsche, die ein so genanntes Negativvermögen, also Schulden haben. Diese sind arm oder von Armut bedroht. Über Wahlergebnisse zugunsten der Parteien, welche dies unterstützen, kann ich mich nur wundern.